

Bauern. Ich bin anderer Ansicht. Wenn die Mehrzahl der ungarischen Bevölkerung wirklich monarchistisch gesinnt ist, dann soll sich das Land einen Monarchen wählen. Es soll sich überhaupt eine Regierungsform wählen, die ihm weder vom Ausland diktiert noch von einer Horde brutaler und gewalttätiger politischer Abenteurer aufgezwungen wird, welche nach dem Grundsatz handeln: der Zweck heiligt die Mittel, und die in ihren Mitteln vor nichts zurückzucken."

„Also eine Volksentscheidung?“
„Ja — aber nicht unter den Maschinengewehren der Erwachenden Ungarn. Lesen Sie über die Machinationen der sogenannten Legitimisten das Buch von Boroditskij: „Der König und sein Reichsverweser“. Hier hat uns der Privatsekretär Karls, dem man gewiß keine revolutionäre Gesinnung nachsagen kann, die Augen über diese angeblichen Paritäten geöffnet.“

„Wird das voraussetzliche Eingreifen des Völkerbundes einen Regierungswechsel in Ungarn zur Folge haben?“

„Das ist möglich. Aber was ist damit erreicht? Die Radeisführer werden eine Zeitlang verschwinden. Die Personen wechseln, das System bleibt. Man hat den König Karl nach seinem letzten mißglückten Putschversuch auf einem englischen Monitor nach Madeira geschickt. Vielleicht entschließt man sich jetzt, den Erzherzog Albrecht und seine Rittergeschworenen auf einem französischen Kriegsschiff nach Neuguinea zu bringen. Ich wiederhole und habe während der Zeit meiner Emigrantenjahre nicht aufgehört zu wiederholen, daß Horthy und sein Regime die schwerste Gefahr für den Frieden in Europa bedeutet. Wenn die Ereignisse mir jetzt recht geben, so ist die Sorge um mein Vaterland, das ich liebe, größer als die Genugtuung, die ich meinen politischen Feinden gegenüber empfinde. Ich fühle die tiefe Ungerechtigkeit, daß ein großes, geliebtes Volk heute vor der ganzen Welt durch die Schurkerei einer Regierung bloßgestellt ist, die diesen Namen nicht mehr verdient. Rotorische Verbrecher gehören nicht an die Spitze des Staates. Das hat nichts mit republikanischer oder monarchistischer Gesinnung zu tun. Wenn die Gemeinschaft der Völker ihre hohen Aufgaben verwirklichen will, so möge sie hier beginnen. Nicht Personen müssen fallen, sondern ein ganzes System. Geschieht das nicht, so stehen wir vor einem unabsehbaren Chaos neuer Kriege und Bürgerkriege. Möge der Völkerbund, der den Schutz der Nationen übernommen hat, auch die ungarischen Völker zur Freiheit verhelfen!“

Ein Prozeß Karolyi-Windischgrätz in Berlin.

Vor dem Kammergericht in Berlin als zweiter Instanz gab es gestern eine interessante Verhandlung mit politischem Hintergrund. Hier in kurzen Worten die Vorgeschichte.

Im Ullstein-Verlag erschien im Jahre 1920 ein Buch unter dem Titel „Vom roten zum schwarzen Prinzen“. Es war ein Remoireswert des jetzt als Häftling verhafteten Prinzen Ludwig v. Windischgrätz. Neben vielen amüsanten Anekdoten behauptete der Verfasser u. a., daß Karolyi schon bei Kriegsausbruch sich aus Anlaß seiner Verhaftung in Frankreich ehrenwörtlich verpflichtet hätte, nicht gegen die Entente zu kämpfen und in seinem Lande eine pazifistische Bewegung hervorzurufen. Des ferneren wurde von ihm die Behauptung aufgestellt, in den Akten des Dual-D'Orlag befände sich eine Dultung Karolyis über fünf Millionen Frank, die er von der französischen Regierung für defizitäre Zwecke erhalten hätte. Graf Karolyi erhob durch seinen Rechtsbeistand Justizrat Dr. Berthauer Verleumdungsklagen gegen Windischgrätz. Dieser erklärte, er nehme kein Recht von deutschen Berichten (1) — sein in deutscher Sprache geschriebenes Buch konnte er aber wohl von einem deutschen Verlag in Deutschland verbreiten und sich von jedem Exemplar eine Tantieme zahlen lassen.

Kam Justizrat Dr. Berthauer eine Zivilklage an auf Einstellung der Verbreitung des Buches und Vernichtung der in Frage kommenden Platten. Der Verlag Ullstein versuchte

zun den Wahrheitsbeweis für die Behauptung Windischgrätz anzutreten. Der vom letzteren genannte Gewährsmann, der ehemalige Chef des „Deutschen Nachrichtenendienstes“ in Wien, Major a. D. Consten, wurde jedoch von seiner Amtsverschwiegenheit von dem Reichwehraminister nicht entbunden. Das Landgericht entschied in dem vom Kläger gewünschten Sinne. Der verurteilte Berlog legte Berufung ein und beantragte die Vernehmung eines Budapester Rechtsanwalts, des politischen und persönlichen Freundes Karolyis, Abraham und des Prinzen Windischgrätz. Der erstere bestritt aufs entschiedenste, daß Karolyi Geld von der Entente bekommen habe und erklärte, daß der Major a. D. Consten, der seinerzeit den Auftrag hatte, Karolyi zu bespionieren, den Großen deutschen Generalstab falsch unterrichtet und auch der Entente Spionagedienste geleistet habe (1). Prinz Windischgrätz hielt seine Behauptung aufrecht und berief sich auf seine Gewährsmänner, auf den Beamten des französischen Ministeriums des Äußerer Aristide Forichon und den Agenten desselben Ministeriums Jean Jagnei.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Kammergericht erklärte der Vertreter des Ullstein-Verlages, Rechtsanwalt Dr. Kann, daß man einem Verlag unmöglich zumuten könne, in jedem einzelnen Falle die Richtigkeit der Behauptungen des Autors eines Remoireswertes, die er auf Grund seiner persönlichen Beobachtungen und seiner Wahrnehmungen, die er im Rahmen seines Tätigkeitsbereiches aufstellt, nachzuprüfen. Es sei oft gerügt worden, daß in der letzten Zeit weltgeschichtliche Ereignisse zum Gegenstand von Strafprozessen gemacht worden sind. Im Zivilprozeß seien aber noch viel weniger Mittel zur Ermittlung gesichelter Wahrheiten gegeben.

Justizrat Dr. Berthauer und Dr. Brüll machten dem gegenüber geltend, daß Windischgrätz stets als Hochstapler bekannt gewesen sei, daß er als Ernährungsminister sich der Kartoffel- und Griechenschlebung schuldig gemacht, die Substanz seines Fideikommisses verspielt habe und daß seine Unglaubwürdigkeit am besten durch seine Teilnahme an den Bontnotenfälschungen erwiesen sei. Als Clemenceau seinerzeit von den Anschuldigungen erfuhr, die Windischgrätz gegen Karolyi im ungarischen Parlament erhoben hatte, erklärte er, „eine der Worte, die Windischgrätz mir in den Mund legt, habe ich niemals gesagt“. Auch Renaudel hat in seinem eigenen und im Namen Roulets Windischgrätz der Lüge geglaubt. Karolyi hat während des Krieges mit Männern der Entente konzeriert, aber mit Wissen und im Auftrage Kaiser Karls IV., um ein früheres Ende des Krieges herbeizuführen. Der Verlag Ullstein hätte ohne weiteres die Verbreitung des Buches einstellen müssen, nachdem ihm dies alles bekannt geworden war. Gegen den Bericht des Gewährsmannes Windischgrätz, Major a. D. Consten, an den deutschen Generalstab hat seinerzeit die ungarische Regierung Protest erhoben. Die Dokumente befinden sich im Reichsarchiv. Die Klage beantragte die Vernehmung Clemenceaus, Renaudels, Roulets und der ungarischen Abgeordneten Urmanczi und Nagysch. Der Beklagte beantragte die nochmalige Vernehmung des Majors a. D. Consten, der beiden oben erwähnten französischen Agenten, des Ministerpräsidenten Bethlen und des früheren deutschen Gesandten in Ungarn.

Die Verhandlung wurde vertagt.

Um die Aufklärung der Frankfälschung.

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwungen
Budapest, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Opposition gegen die Regierung hat sich doch nach durchgesetzt und die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Frankfälscherei gegen den rechten Flügel der Regierungskoalition erreicht.

Der Ausschuss wird mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet und besteht aus 25 Mitgliedern.

Die parlamentarische Untersuchung soll jedoch erst nach Beendigung der Voruntersuchung, aber vor der Gerichtsverhandlung beginnen. Der Ministerpräsident hat sich bereit erklärt, den Behörden Anweisung zu geben, damit die Arbeiten des Ausschusses möglichst erleichtert werden.

Budapest, 20. Januar. (M.W.) Die französischen Polizeibeamten sollen zwei weitere Teilnehmer an der Frank-

fälschungsfache, einen gewissen Rado und einen gewissen Jovan, namentlich gemacht haben. Auch sollen sie angegeben haben, daß nicht, wie bisher angegeben wurde 25 000 Stück, sondern 125 000 Falschstücke der Tausendfranknoten im kartographischen Institut erzeugt worden sind.

Wie die von der Polizei durchgeführten Untersuchungen ergeben haben, sind die ungarischen Pässe für Jantomics, Dr. Schwef, Jaray und Rado im Juni vom Pajant der Budapester Polizei ausgestellt worden. Der Leiter des Pajants, Oberstadthauptmann-Stellvertreter Hetengi erklärte zwei Berichterstattern gegenüber, daß er seinerzeit die Pässe auf Weisung Radoffs ausgestellt habe.

Thomas über den Genfer Skandal. Keine „Erregung“ in Genf — aber „Vollkommenheit“ über die Hugenberg-Presse!

Dem „Reichsdienst der deutschen Presse“ gab Gen. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, ein Interview, in dem er erklärte:

Erregung hat die Behandlung der Sekretariatsfrage in der deutschen Öffentlichkeit in Genf nicht gerade hervorgerufen, das wäre zuviel gesagt. Aber es ist doch kein Zweifel darüber möglich, daß die Art und Weise, wie man die Verhandlungen über die Sekretariatsposten in der deutschen Presse auf die Strafe gerit, in Genf eine gewisse Vollkommenheit ausgelöst hat.

Den Befundungen des berühmten Aschmann-Telegramms über die „Beunruhigung“, die in Genf durch die Ausstellung angeblicher deutscher „Parteilisten“ hervorgerufen worden sei, steht diese Erklärung des Direktors des Internationalen Arbeitsamts diametral gegenüber. Nicht über „Parteilisten“, die nicht existieren, sondern über den schmutzigen Lügenstempel, den die Hugenberg-Presse entfesselt, hat man sich in Genf „beunruhigt“.

Sanierungskampf in Frankreich. Zuspitzung des Konflikts mit Doumer.

Paris, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Konflikt zwischen der Mehrheit der Finanzkommission und der Regierung ist durch das Auftreten des Finanzministers schärfer denn je. Die Finanzkommission wollte Doumer Gelegenheit geben, sich zu den von ihr ausgearbeiteten Sanierungsvorschlägen zu äußern. Er hat dabei den Entwurf der Kommission einer Kritik unterzogen, und sich zu der Behauptung verfliegen, daß das Plenum der Kammer diese „Hingespinnthe“ wie Streu hinwegsetzen werde. Aber schon die nächsten Tage dürften Doumer darüber belehren, daß er sich verrechnet hat; denn für die Regierungsvorlage ist sicherlich keine Mehrheit vorhanden. Entscheidend ist für die weitere Entwicklung der Dinge, ob Doumer im Namen der Regierung oder in seinem eigenen gesprochen hat und welche Haltung die Mitglieder des Kabinetts zu seinen Ausführungen einnehmen werden. Die Finanzkommission hat beschlossen, den Ministerpräsidenten zu einer Aussprache einzuladen. Nach der persönlichen Zuspitzung, die die Krise angenommen hat, wird Briand den offenen Konflikt mit der Linken nur noch vermeiden können, wenn er sich entschließt, seinen Finanzminister zu opfern.

Deutsch-französische Verständigung. In der deutschen Gesellschaft in Paris fand am Mittwoch zu Ehren von Thomas Mann und Alfred Kerr ein Empfang statt, zu dem mehrere französische Minister, darunter Painlevé, Daladier, de Monzie, ferner der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Perbelot, Redatoren der Pariser Universität und Akademie sowie führende Persönlichkeiten der Wissenschaft und des Geisteslebens Frankreichs erschienen waren. Thomas Mann hatte am Nachmittag in der Carnegie-Stiftung über die neuen geistigen Strömungen in Deutschland, Kerr in einer Veranstaltung der republikanischen Verbände über die dramatische Literatur und ihre Aufgabe im Dienste der Völkerverständigung gesprochen.

Junger Wein in alten Schläuchen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Nachdem vorläufig die geplante Interessengemeinschaft der Opernhäuser Berlins gescheitert ist, bleibt zu vermerken, daß sich ohne offizielle Schritte ein sehr schöner Zug von Hilfsbereitschaft zwischen Haus und Haus darin dokumentiert, daß man die in der Staatsoper heimische „Elektra“ an die Städtische Oper großzügig abgibt. Solche Vereinbarungen sind herzlich zu begrüßen; zeigen sie doch, daß bei gutem Willen neben Konkurrenzgefühlen auch Stützungsgefühle in der Brust leitender Musiker sein können. Zu gleicher Zeit hört man, daß Richard Strauss für ein Dirigentenspielfeld an der Staatsoper verpflichtet wurde. Das war schon vor einem Duzend Jahren geplant, und man kann diese Verhandlungen im Rappachen Jahrbuch der Staatlichen Oper nachlesen. Daß dieses Engagement nun Wirklichkeit wird, und daß darüber hinaus die von uns lange gewünschte Berufung von Leo Blech an das Kroll-Theater in das Stadium der Vorverhandlungen getreten ist, beweist zudem, daß der allgegenwärtige Erich Kleiber versucht, seinen Vertrag, der ein Verlehrsühnderns erster Ordnung ist, künstlerisch und nicht persönlich auszuliegen. Trotz seines in Hemdsärmeln gegebenen Interviews wird er ja wohl Strauss und Blech für prominente Musiker halten. Wir Kritiker sind ihm für seine merkwürdige Motivierung einer schlechten Presse (die wir übrigens bezweifeln), nicht böse. Kleiber scheint von den ethischen Grundrissen des musikalischen Berufs keine Ahnung zu haben; es bedarf dessen auch nicht. Wir werden eine „Wozze“-Aufführung unter seiner Leitung immer als ein Muster an Studium und Musikalität preisen, ob er uns lobt oder tadelt. Wir werden eine „Aida“ und „Fidelio“ aufzuführen, wenn sie in dem bei ihm beliebigen Zerhackern traditionellen Befehlensorten fort dauert, als unmusikalisch ablehnen, auch wenn er glauben sollte, daß man Berlin mit Krähwinkel verwechseln darf, indem man Musikkritikern offizielle Hausbesuche macht.

Zum Thema der „Wozze“-Aufführung (die gar nicht hoch genug gepriesen werden kann), schied unserer Zeitung übrigens ein unbekannter Opernbesucher eine „Berichtigung“, die besagt, daß von Ovationen bei der letzten Aufführung nicht gesprochen werden könne. Dieser aufmerksame Beobachter hat vielmehr den Eindruck des Durchfalls und des Protestes gehabt. Wir stellen das gerne fest, ohne für die Zukunft jedem Opernbesucher das Recht zu geben, kritische Urteile über ein Werk zu fällen.

Bruno Walter brachte in seinem letzten Abonnementskonzert nach einer äußerst heftig und sensibel gespielten Sinfonie C-Moll von Haydn die Klavierkapodie von Béla Bartók. Der berühmte ungarische Komponist spielte das Werk selbst. Er erwies sich als ein Pianist von mittlerer Handfertigkeit und keineswegs als der Mann, der imstande ist, einer blässen Musik wirklich chapelidische Schwung zu geben. Das Stück zerfällt in Kleinigkeiten, die nur locker zusammengehalten sind, melodisch wohl ungarische Volksmusik betonen, das Hügige und Tänzerische, das etwa die tschischen Rhapsodien enthalten, aber nicht zur Entfaltung kommen läßt. Auch tritt das Soloinstrument fastlich wenig hervor. Bartók hat sich von diesem Opus 1 längst fortentwickelt, und es war kaum notwendig, uns diese Bergangenheit gegenwärtig zu machen. Walter hatte einen großen Tag und wurde gefeiert.

In einem Konzert des Sinfonievereins führte Leo Schratzenholz eine Konzertouvertüre von Mac Cunn zum ersten Male auf, ein im Einfall sehr reizvolles Stück malerischer Lust mit geistreichen instrumentalen Wendungen, voll romantischer Empfindung und etwa zwischen Mendelssohn und Liszailowitsch thematisch pendelnd. Das gut geformte Stück endet leider in einer großen Bläserkonfession. Wie dieses Dilettantenorchester herhält mußiert, das ist eine Freude zu haben. Schratzenholz versteht es außerordentlich gut, rhythmisch präzise und klanglich wohlklingend mit seinen Leuten zu musizieren. Das Orchester begleitete auch Herrn Konrad Wikaritz zu Beethovens C-Moll-Konzert. Der Solist wirkt mehr durch Sachlichkeit und Sicherheit, als durch einen leidenschaftlichen oder persönlichen Ausdruck. Die Kadenz des ersten Satzes erscheint so groß, wie der gesamte Klavierpart des Solo. Gerade hier aber zeigte der Pianist Schwung und Lebendigkeit.

Die Novembergruppe bringt immer neue, abwegige Musik. Es ist schwer, diese komplizierten Gebilde nach einmaligem Hören zu beurteilen. Die zweite Sonate von Honnegger scheint im jubelnden Schlusssatz ihren Hauptimpuls der Musikalität auszuspielen, überläßt aber in den übrigen Teilen kaum mehr durch Gemogelheiten, sicher nicht durch starke Erfindung. Die Klavierkapitel von Sallie sind lockere, lustige, programmatische Scherze, die Johannes Strauss zu gutem Eindruck bringt. An den Naturgeschichten von Ravel kann ich mich nicht erfreuen. Es sind eigentlich nur bunt ausstaffierte Rezitative, die durch bestimmte Nachahmung von Schriit, Geste und Naturlaut den Eindruck Renardischer Tierhühnheiten wiedergeben wollen. Das ist weniger Kunst als Kunstfertigkeit. Philipp Barnach spielte die wüßigen Kleinigkeiten sehr pointiert und Manja Barton ließ ihre besetzte Stimme wohl über den Tafen schwingen.

Mit Novitäten ähnlicher Art suchte auch Hans Baffermann sein leichtes Konzert interessant zu machen. Siegfried Richter-Müllers Sonate opus 7 Nummer 2 ist anständige Nacharbeit, kurz und prägnant, ohne allzu deutliche, modernistische Abkühlung. Gerade das frühlingsmäßige, das der Sonate zu einem besonderen Titel verhilft, fehlt den Sagen und ein Ausschwingen im persönlichen Gefühl kam der kurze langsame Satz nicht vorzudrücken. Red, frisch und lustig dagegen der tänzerische Schlusssatz. Der viel schreibende Emil Bohnte war mit einer Solologeisonate opus 15 Nummer 3 hier vertreten. Es ist kein Zweifel, daß dieser erste, zwischen Brahms und Reger vermittelnde Komponist für die Sologeige neue Klang- und Ausdrucksmöglichkeiten geschaffen hat. Er macht sich die Arbeit aber, was das musikalische Substrat anbelangt, etwas zu leicht und sollte doch bei seiner großen Begabung weniger bei Reger als bei Bach sein Vorbild suchen. Hans Baffermann spielte beide Werke in technischer Vollendung, zugleich virtuos und einfühlsam, mit großem schönen Ton.

Von den Sängern der Woche verdient Richard Wagner aus Wien den Vortritt. Er sang in der Städtischen Oper den Sarastro und entzückte nicht nur durch das Volumen und das Edelmetall seines schwarzen Basses, sondern durch die vornehme musikalische Art, in der er die Fäulertönenarien auf seinem Atem zu uns schwingen ließ. Man sollte ihn sehr bald einmal als Sachs, Leporello und Ochs von Verchenau hören, während man statt Fräulein Holmgren als Königin der Nacht die auf Engagement lauernde, für

diese Rolle prädestinierte Sabine Meyen bemühen dürfte. Charlotte Berny hat einen ausdrucksvollen, schönen und großen Sopran, der aber in der Höhe frömpflich klingt; dieses Schreiende an einem an sich schönen Material bedarf der sofortigen und energischen Kur. Kiki Widop dagegen ist in den letzten Jahren zu einer Sopranistin von Rang emporgestiegen. Ihr Sopran ist fülliger, runder, größer geworden, und es war eine reine Freude, zu hören, wie sie ihre Musikalität in neuen Werken von Dibebraven und Kluge erwies. Allerdings hatte sie im Beethoven-Chor unter glänzender Führung von Hans Wehner eine hervorragende Unterstützung. Das Bohnerdische Quartett aus Halle spielt noch ein wenig robust, aber auch feurig. Bei weiterer Vertiefung und Einordnung der vier jungen Leute in einen Gesamtwillen wird es noch von sich reden machen. Was ich von dem uraufgeführten Quartett von Hans Kieemann hörte, war gut, laubere, nachromantische Epigonenarbeit.

Leo Blech kehrt zur Staatsoper zurück. Die in den letzten Tagen von Erich Kleiber persönlich geführten Verhandlungen haben das Ergebnis gehabt, daß Leo Blech am 1. April mit einem zunächst dreijährigen Vertrags wieder als Generalmusikdirektor mit den gleichen Kompetenzen wie Kleiber in den Verband der Berliner Staatsoper tritt. Damit erhält diese wertvolle, zurzeit brach liegende Kraft eines der bedeutendsten Operndirigenten wieder ein fruchtbares Tätigkeitsfeld, und zugleich erhält die Berliner Staatsoper endlich wieder einen überragenden musikalischen Leiter, der diesem Institut wieder die ihm gebührende führende Stellung persehen und hoffentlich auch besonders die Kroll-Oper, das Opernhaus der Volksbühne, aus ihrer Stagnation emporreihen wird. Leo Blech hat schon früher 14 Jahre lang an der Berliner Staatsoper gewirkt und seine Stellung vor reichlich zwei Jahren wegen seiner Konflikte mit dem damaligen Intendanten Schilling verlassen. Da Blech mit dem größten Teile des Künstlerpersonals der Berliner Staatsoper noch gut eingearbeitet ist und ihm auch von der Öffentlichkeit und der staatlichen Kunstverwaltung das größte Vertrauen entgegengebracht wird, darf man an seine Rückkehr auf seinen früheren Posten die besten Erwartungen knüpfen.

Arme Sowjetdiplomaten! Tschischterin schlug dem Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei die Uniformierung der russischen Diplomaten vor. Das Zentralkomitee lehnte diesen Vorschlag ab, da eine Uniformierung der Sowjetdiplomaten mit den üblichen Uniformen den kommunistischen Prinzipien widersprechen würde.

Schade, daß die Welt um das lustige Schauspiel kommt, das uns die Revolutionäre im gestückten Paradeplan und mit dem Galanteriedegen zweifelloso geboten hätten. Und Orden hätten sie doch auch tragen müssen, um nicht allzusehr abzustechen. Die politische Mimikry ist um ein lehrreiches Exempel gekommen.

Im Festung-Museum strich Donnerstag 8 Uhr Gottfried Meier zu Leffings Geburtstag über: „Leffing und Herder.“ Selma Dongberger spielt Saß und Gänbel.

Volkentscheid über Fürstenabfindung. Die Vermittlung des A. G. W.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der vom sozialdemokratischen Parteiausschuss aufgefördert worden war, zwischen den Parteien zu vermitteln, um dem Volkentscheid über die Abfindung der Fürsten eine einheitliche Grundlage zu geben, hat am Mittwoch beschlossen, sofort nach Erledigung der Vorarbeiten beide Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung zu laden. Diese Sitzung wird voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche stattfinden.

Der Staat soll die Mätressen zahlen...

Der schon erwähnte Prozess gegen die Erben des früheren Großherzogs Adolf Friedrich V. von Mecklenburg-Strelitz, dessen „Freundin“, eine frühere Schauspielerin Urbas, jetzige „Contessa de Razzenou“, auf Weiterzahlung ihrer lebenslänglichen Rente von jährlich 20 000 Goldmark besteht, ist noch nicht zu Ende gekommen.

Vor dem dritten Senat des Kammergerichts zu Berlin wurde in mehrstündiger Sitzung von dem Vertreter der Großherzogserben die Abweisung der Forderung aus zwei Gründen beantragt. Die Zusage des Großherzogs sei nicht durch ein regelrechtes Testament gegeben worden, sondern nur durch einen Brief, in dem der Adolf Friedrich seiner „Freundin“ für die ihm erwiesenen Freundlichkeiten danke und ihr eine Jahresrente von 20 000 Mark aussetzte. Es sei nicht die Art mecklenburgischer Großherzöge, ihre Testamente in solcher Form zu Papier zu bringen, vielmehr sei es bei ihnen stets Brauch gewesen, ihre Testamente in der für sie vorgeschriebenen Form abzuschreiben und sie dem Ministerium zur Aufbewahrung zu überreichen.

Aber selbst wenn der Brief als regelrechtes Testament gelten dürfte, könnte daraus für die Hinterbliebenen nichts folgern. Desto mehr folgerte der großherzogliche Vertreter daraus für den Freistaat Mecklenburg, der verpflichtet sein soll, ohne Rücksicht auf das Volkinteresse für die „Freundin“ des ehemaligen „Landesvaters“ bis an ihr Lebensende die geforderten 20 000 Mk. pro Jahr zu zahlen. Tatsächlich sei ja, führte er aus, der Staat Mecklenburg der Erbe des großherzoglichen Vermögens geworden, das — nebenbei bemerkt — auf ein bis anderthalb Milliarden Goldmark geschätzt wird. Auf den Grund und Boden, der bis zuletzt Eigentum des Großherzogs gewesen sei, habe der Staat die Hand gelegt und nur ein geringer Besitz sei den persönlichen Erben überlassen worden. Als Rechtsnachfolger des Großherzogs müsse nun der Staat, behauptete der Vertreter der Großherzogserben, jene Verpflichtung mitübernehmen.

Für die Klägerin erwiderte ihr Rechtsbeistand, maßgebend sei hier das bürgerliche Gesetzbuch in Verbindung mit dem mecklenburgischen Hausgesetz. Der Brief sei ein eigenhändiges Testament des Verstorbenen, da könne die Klägerin sich mit ihrer Forderung nur an seine Erben wenden. Wie weit der Staat von ihnen haftbar gemacht werden könne, sei eine andere Frage.

Ausführlich unterließ man sich darüber, ob es den Erben möglich ist, die geforderten 20 000 Mk. zu zahlen. Daß 20 000 Mk. für sie keine Rolle spielen, hob der Rechtsbeistand der Klägerin hervor. Der Vertreter der Großherzogserben bestritt das und wollte glauben machen, daß es der verklagten Witwe und ihren Töchtern gar nicht gut gehe.

Schließlich wurde die Verhandlung abgebrochen. Das Gericht will noch darüber beschließen, ob Beweiserhebung nötig ist.

Die Bilder des Welfen.

Kommunistischer Unfuss.

Hannover, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Karte Kadane“ behauptete am Mittwoch, Oberpräsident Kosske in Hannover habe genehmigt, daß 178 wertvolle Bilder, die sich in Hannover befanden, vom früheren Herzog von Braunschweig zum Teil zum Preise von 900 000 M. nach England verkauft worden sind. Für 900 000 M. hat die Provinz Hannover für das Provinzialmuseum Bilder gekauft, die dadurch der Stadt und Provinz Hannover erhalten wurden. Nach England ist ein Bild für mehr als eine Million Mark allerdings verkauft worden. Der Oberpräsident hatte keinerlei Genehmigung erteilt in der Angelegenheit.

Die vergessenen Berliner Arbeitslosen.

Eine Antwort des Wohlfahrtsministers.

Zu unserer Veröffentlichung im gestrigen Morgenblatt wird uns aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium mitgeteilt:

„Aus den zur Förderung von Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge verfügbaren Fonds sind bisher alle eingegangenen kommunalen Anträge, soweit sie den mit Zustimmung des Reichsrats erlassenen Bestimmungen vom 30. April v. J. entsprechen, gefördert worden. Eine Zurückweisung von Anträgen aus Mangel an Mitteln ist bisher in keinem Falle erfolgt.“

Auch der Stadt Berlin sind alle ihr bloßer eingereichten Anträge ohne Rücksicht auf das einstweilen dem Oberpräsidenten für 1923 zugewiesene Kontingent bewilligt worden. Damit erfüllen auch alle an die Umstellung des Kontingents durch den Oberpräsidenten getätigten Kombinationen. Die Förderung der durch die Deutsche Deblandkulturgesellschaft auszuführenden Restaurationsarbeiten erfolgt aus besonderen Mitteln, so daß die Berliner Notstandsarbeiten dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Das von einer bürokratischen Behandlung von Anträgen der Stadt Berlin durch die Behörden nicht gesprochen werden kann, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Berliner Anträge innerhalb von drei Tagen durch die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden genehmigt worden sind.“

Diese Mitteilung des preussischen Wohlfahrtsministeriums geht von dem Kern der Angelegenheit vorsichtig herum. Wir haben keinesfalls behauptet, daß Anträge aus Mangel an Mitteln zurückgewiesen worden seien. Wir haben nur festgestellt, daß der dem Oberpräsidenten für Berliner Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellte Fonds insgesamt 3 Millionen beträgt und daß von diesen 3 Millionen 2 1/2 Millionen der Deutschen Deblandkulturgesellschaft überwiesen worden sind. Diese Tatsache werden von der Mitteilung des Wohlfahrtsministeriums nicht bestritten.

Das Wohlfahrtsministerium erklärt, daß dem Oberpräsidenten die von uns mitgeteilte Summe „einstweilen“ bewilligt worden sei. Damit scheint gesagt, daß auch das Wohlfahrtsministerium diese Summe keineswegs für ausreichend hält. Auch die weitere Formulierung der Erklärung ist sehr vorsichtig gehalten. Sie spricht ausdrücklich von den kommunalen Anträgen, aber nicht von den Anträgen des Landesamts Berlin.

Das Wohlfahrtsministerium sagt auch, daß alle Anträge gefördert worden seien, soweit sie mit den Bestimmungen vom 30. April im Übereinstimmung seien. Damit wird stillschweigend zugegeben,

daß nicht alle Anträge gefördert wurden. In den Bestimmungen vom 30. April heißt es, daß solche Notstandsarbeiten besonders gefördert werden müßten,

„die geeignet sind, die Menge einheimischer Nahrungsmittel, Rohstoffe und Betriebsstoffe zu vermehren; die in hohem Maße menschliche Arbeitskraft beanspruchen und in geringem Maße sachlichen Aufwand verbrauchen; durch deren Ausführung für die Dauer eine vorteilhaftere Verteilung der Arbeitskräfte herbeigeführt oder neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird; vor allem auch solche Arbeiten, die dem Übergang großstädtischer Arbeitskräfte in ein ländliches oder kleinstädtisches Arbeitsverhältnis dienen.“

Legt man diese Bestimmungen engherzig-bürokratisch aus, dann wird man in Berlin überhaupt kaum Notstandsarbeiten finden. Aber wir glauben, daß die in einer Großstadt wie Berlin besonders notwendige Anlegung von Spielplätzen durchaus den Punkten 2 und 3 dieser Bestimmungen entspricht. Trotzdem verweigert das Oberpräsidium die Anlegung von Spielplätzen als Notstandsarbeiten zu betrachten.

Wir verkennen keineswegs, daß an der Vernachlässigung der Berliner Notstandsarbeiten der Magistrat der Stadt Berlin nicht schuldlos ist. Wenn dem Magistrat aber von vornherein durch eine engherzige Auslegung der Bestimmungen vom 30. April die Hände gebunden werden, und wenn dem Oberpräsidenten nicht die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden, dann nützen auch die besten Anträge nichts.

Aus der Mitteilung des Wohlfahrtsministeriums scheint immerhin hervorzugehen, daß es nunmehr Sache des Magistrats ist, entsprechende Anträge zu stellen. Wir werden nicht verfehlen, die Öffentlichkeit von dem Schicksal dieser Anträge, die wir nunmehr erwarten, zu unterrichten.

Kürzung von Löhnen und Gehältern.

Ein Zentrumsauftrag im Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat berät in diesen Tagen den Haushalt für das Jahr 1926. Auch hierbei machen sich die Bestrebungen bemerkbar, die öffentlichen Ausgaben auf Kosten der Massen des Volkes herabzusetzen. Bisher aber war es den Rechtsparteien vorbehalten, einen derartigen Vorstoß zu machen, der mit den sozialen Grundfragen in so schroffem Widerspruch steht. Nunmehr aber scheinen diese Bestrebungen auch bereits im Zentrum wirksam geworden zu sein. Von dem Zentrumsmitglied des Preussischen Staatsrats, dem Abg. Kaiser, einem Stadtrat in Dortmund, ist nämlich ein Antrag gestellt worden, der folgende unerhörte Forderungen an die preussische und die Reichsregierung stellt:

Diesen dauernden Ersparnismaßnahmen gegenüber verlangt die gegenwärtige Lage noch weitere Maßnahmen vorübergehender Art, selbst wenn sie dazu führen sollten, daß auf ein oder einige Jahre diese oder jene an sich durchaus notwendige Einrichtung öffentlichen Charakters teilweise oder ganz stillgelegt werden müßte. Jedenfalls dürfen für das Jahr 1926 keine neuen Stellen gegründet werden. Soweit in einigen Verwaltungszweigen eine Vermehrung notwendig ist, müssen Stellen aus anderen Verwaltungszweigen dorthin übernommen werden. Die durch natürlichen Abgang freiwerdenden Stellen dürfen nicht wieder besetzt werden. An Arbeitszeit und Leistung der Beamten, Angestellten und Lehrer müssen vorübergehend erhöhte Anforderungen gestellt werden. Durch reichsgerichtliche Bestimmungen sollen die Bezüge aller Lohn- und Gehaltsempfänger öffentlicher und privater Verwaltungen und Betriebe (nach oben zu gestaffelt) verkürzt werden. Ein Teil der dadurch freiwerdenden Ausgaben wäre zur Herabsetzung der Steuern, ein Teil zur Vergebung größerer Aufträge und Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts zu verwenden.

Wir möchten einstweilen annehmen, daß dieser Antrag eine Privatarbeit des Abg. Kaiser ist und nicht durch die Zentrumsparterie gedeckt wird. Es erscheint jedoch unbedingt notwendig, daß darüber sehr bald Klarheit geschaffen wird. Denn auch im Zentrum dürfte man sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß der Versuch einer allgemeinen Ausdehnung der Arbeitszeit und einer Kürzung der Löhne und Gehälter zu den schwersten politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen führen müsse.

Die Ungemeindungen in Westfalen.

Beratungen im Gemeindeausschuss.

Der Gemeindeausschuss des Landtags beschloß am Mittwoch bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Neuordnung der kommunalen Grenzen in Rheinland-Westfalen, daß eine Mittelstadt Wattenfeld bestehen bleiben soll. Die Gemeinde Günnigfeld kommt zu Wattenfeld, ebenso die Gemeinde Hontrop und Eppendorf mit Ausnahme des Balkwertes der Abteilung Bochumer Verein, das auch gemeindlich mit dem Hauptwerk des Bochumer Vereins verbunden wird. Der Ortsteil Haherfeld fällt an Steele, Weimar wird Bochum eingemeindet, Altenbochum kommt nach der Regierungsvorlage zu Bochum, ebenso Horbel, dagegen die Kolonie Königgrube zu Wanne; die Kolonie Hannover wird Horbel angegliedert. Rienten wird zu Bochum geschlagen mit Ausnahme des Nordpiffels, der nach Wanne kommt. Gegen die sofortige Regelung der Ungemeindung Solingens werden von der Regierung Bedenken geltend gemacht; auch die Frage der Ungemeindung Bergens nach Herne oder nach Bochum ist noch ungeklärt. — Der Gemeindeausschuss legt am Donnerstag seine Beratungen fort.

Knebelung der Geistesfreiheit?

Unmögliche Anträge im Bildungsausschuss.

Im Bildungsausschuss des Reichstags versuchen die Rechtsparteien immer wieder, das ohnehin schon unmögliche Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften noch weiter zu verschärfen. Jetzt wollen sie sogar allen „öffentlich-rechtlichen Körperschaften“, also den kirchlichen Gemeinden und all den frommen Vereinen, das Recht geben, die Aufnahme von Schriften auf die schwarze Liste beantragen zu können. Außerdem sollen von den Landesregierungen bezeichnete Stellen das Recht der sofortigen Beschlagnahme erhalten, um ohne Prüfung sofort die Verbreitung einer Schrift unmöglich zu machen. Das Schönste ist, daß nur dem Reichsanzeiger, dem Buchhändler-Börseblatt und den offiziellen Amtsblättern das Recht der Bekanntmachung der auf die schwarze Liste gesetzten Schriften zugestanden werden soll. Demgegenüber vertritt Genosse Löwenstein die Auffassung, daß die Landesjugendämter die allein antragsberechtigten Instanz sein dürften. In ihnen sind alle Organe der Jugendpflege, auch die kirchlichen, vertreten. Den deutschen Nationalen Wunsch auf vorläufige Beschlagnahme bezeichnet er als einen Eingriff in die Rechte republikanischer Minderheiten. Vor allem wolle er sich dagegen, aus den Veröffentlichungen der verbotenen Schriften eine Heimlichkeit zu machen, wodurch zahllose kleine Buchhändler mit dem Gesetz in Konflikt geraten würden, weil ihnen das Verbot gar nicht zur Kenntnis kommt.

Preußen und Reichsrat.

Der Staatsrat gegen einheitliche Stimmenabgabe.

Der Verfassungsausschuss des Preussischen Staatsrats hat am Mittwoch nach einem Referat des Staatssekretärs Weichmann über die Stellungnahme des Kabinetts zu dem Landtagsbeschluss über die einheitliche Stimmenabgabe Preußens im Reichsrat gegen die Sozialdemokraten beschlossen, dem Plenum des Staatsrats vorzuschlagen, gegen dieses Gesetz Einspruch zu erheben.

Nur keine Meinungsfreiheit!

Ein Moskauer Tagesbefehl an die Komintern.

Schon während der Debatten des Parteikongresses kam bei allen Diskussionsrednern deutlich die Sorge zum Ausdruck, daß die Meinungsverschiedenheiten in der russischen kommunistischen Partei auf die kommunistischen Parteien Europas übergreifen.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde werden schon die Berichte in der „Prawda“ fein säuberlich stilisiert und einer strengen Zensur unterworfen, ehe sie erscheinen. So kommt es, daß z. B. die mehr als vierstündige Schlußrede Sinowjews in der Debatte über die allgemeine Politik der Russen sich in der „Prawda“ wie eine kleine, verhältnismäßig belanglose Diskussionsrede liest. Für den Handgebrauch der europäischen Kommunisten erscheint dann eine besondere Ausgabe der sogenannten „Impressor“ (Internationale Pressekorrespondenz) und deren Berichte sind wiederum so gekürzt, daß nur das unbedingt Notwendige bis zu den Gläubigen Westeuropas gelangt. Jetzt veröffentlicht die „Prawda“ am 14. Januar ein Schreiben der russischen Partei (wohlgemerkt nicht etwa der Leitung der Komintern) an alle übrigen kommunistischen Parteien. In diesem Schreiben, dessen Bedeutung am 15. Januar in einem besonderen Leitartikel unterstrichen wird, heißt es in deutlicher Befehlsform:

„Das Zentralkomitee der Partei ist vollkommen einmütig in der Auffassung, daß die Übertragung der Diskussion über die russische Frage in die Reihe der Komintern unerwünscht ist. Das Zentralkomitee ist ebenso einmütig, daß der Führung der Komintern wie früher volles Vertrauen und Unterstützung erhalten bleibt und erhalten bleiben muß. Das Zentralkomitee hofft, daß die Bruderparteien gemeinsam mit der KKP in geschlossenen Reihen auf dem historischen Wege unter dem Banner der K. M. marschieren werden.“

Dieser Befehlsanweisung geht eine ebenso abrupte, wie inhaltslose und schiefe Darstellung der Differenzpunkte in der russischen Partei voraus. Nur an einer Stelle wird ein wenig verraten, wie stark die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im gelobten Lande des sozialistischen Aufbaues sind. Dort heißt es:

„Das beim augenblicklichen Stand der Dinge zu beobachtende Anwachsen der gesellschaftlichen Widersprüche, das sich daraus ergibt, daß im Dorf eine große Menge überflüssiger Bauernhande erwacht, aber in der Stadt Arbeitslosigkeit ist, und es außerdem große Schichten minder qualifizierter und vorläufig auch noch schlecht bezahlter Arbeiter gibt (besonders diejenigen, die neu vom Dorf in die Stadt übersiedelt sind), dieses Anwachsen der gesellschaftlichen Widersprüche stellt die Partei vor die Frage der konkreten Wege der weiteren Entwicklung des Landes in der Richtung auf den Sozialismus.“

Solche Zugeständnisse erfolgen aber nur in lichten Momenten. Im übrigen bleibt es bei der primitiven orthodoxen Auslegung, nach der in Rußland man sich zum Sozialismus entwickle, während im „faulen Westen“, wo die „saure Demokratie“ herrscht, alle Welt sich zur Hölle des Kapitalismus entwickle. In dem Leitartikel der „Prawda“ wird den Agenten der russischen Partei in Westeuropa klargemacht, daß sie sich um die russischen Angelegenheiten nicht allzu sehr zu kümmern haben, daß sie im übrigen als Grundlage des Studiums dieser Dinge sich an die offiziellen Kongressdokumente halten müssen. Allen Ernstes vertritt die „Prawda“ als höchsten Inbegriff marxistischer Weisheit folgende Theorie:

„Der grundlegende Unterschied zwischen unserem Problem und den Problemen unserer westeuropäischen Genossen besteht darin, daß wir eine Partei sind, die die Regierungsgewalt (des Ministerkabinetts) in der Hand hat, während unsere ausländischen Genossen die Eroberung der Macht erst vor sich haben und infolgedessen sie die Frage des sozialistischen Aufbaues, ohne in Reformismus zu verfallen, überhaupt gar nicht stellen können.“

Nach dieser genialen Weisheit wird also durch allerhöchstes Dekret der Moskauer Päpste festgestellt, daß sozialistische Elemente der Entwicklung nirgends möglich sind, so lange ihre Leute nicht oben auf sind. Ist das aber erreicht, dann vollzieht sich diese Entwicklung von selber. Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll, über die Naivität dieser Theorie oder über die Unverfrorenheit, mit der die Moskauer Machthaber glauben, daß es ihnen für immer möglich sein wird, die Erhaltung ihrer Position in den Augen ihrer Anhänger und vor allen Dingen der russischen Arbeiterschaft mit der Frage des Schicksals einer sozialistischen Entwicklung zu identifizieren. Auch die Idealisierung des „Rep“ und die Beherrschung der russischen Staatswirtschaftspolitik wird auf die Dauer die russischen Arbeiter nicht abhalten, sich nicht nur um die Interessen der sie beherrschenden Staatsbürokratie, sondern auch um ihre eigenen zu kümmern. Und die kommunistischen Arbeiter Westeuropas werden zweifellos auch aus den rationierten Dosen, in denen ihnen über die russischen Probleme Bericht erstattet wird, genug lernen, um den richtigen Schluss aus diesen Debatten zu ziehen, den Schluss, daß die Volkswirtschaft nach jahrelangen Unwegen schließlich zum Ausgangspunkt ihrer Revolution zurückkehren und daß sie damit wider Willen nachträglich die Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik an ihrer utopistischen Haltung anerkennen.

Die Räumung der Kölner Zone wird offiziell am 20. Januar, mittags 12 Uhr, beendet sein. Die Reichskreise rüsten aus diesem Anlaß schon jetzt überall zu großen Siegesfeiern. In Bonn soll z. B. nach dem Abzug der Besatzung die Regimentskapelle des ehemaligen 7. Bonner Infanterieregiments freiwillig eingekocht werden. Das Reichsbanner hat sich durch die geplanten antirepublikanischen Veranstaltungen veranlaßt gesehen, ebenfalls auf den Plan zu treten und in Köln zu einer Demonstration aufzurufen, zu der alle Reichsbannerorganisationen des Reiches Abordnungen entsenden. Die vorliegenden Meldungen zur Beteiligung lassen auf eine außergewöhnliche Massendemonstration für die Republik schließen.

Graf Kauff, der ausscheidende Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, hat ein Dankschreiben des Reichspräsidenten erhalten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslosigkeit der Fabrikarbeiter.

Die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiterverbande hat in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang erreicht. Man muß schon in der Geschichte der Organisation auf die Stürzung der Wirtschaft in den ersten Monaten des Weltkrieges oder auf die unheilvollen Zustände in der deutschen Wirtschaft, z. B. des Währungszusammenbruchs Ende 1923, zurückgreifen, um ähnliche große Zahlen von Arbeitslosen festzustellen wie gegenwärtig. Nach den statistischen Erhebungen waren am Ende Dezember nicht weniger als 18,3 Proz. aller Mitglieder arbeitslos und die durchschnittliche Zahl der durch Kurzarbeit in ihrem Verdienst beschränkten Mitglieder betrug 15,4 Proz. Von 317 473 Mitgliedern in 419 Verwaltungstellen waren nicht weniger als

58 184 Mitglieder arbeitslos, 47 898 arbeiteten verkürzt.

Die absolute Zahl der arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Mitglieder ist noch wesentlich höher, da die Erhebung nur 90 Proz. der Mitglieder und Verwaltungsstellen erfaßt. Die Relationen dürften jedoch zutreffen.

Mit welcher beklemmender Schnelligkeit sich die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter in den letzten Monaten vermehrt hat, geht aus der nachfolgenden Aufstellung hervor.

Von je 100 Verbandsmitgliedern

waren arbeitslos		arbeiteten verkürzt	
1923 Juli	3,9	2,9	
Oktober	6,2	7,7	
November	11,1	13,3	
Dezember	18,3	15,4	

Nach alledem, was wir über die Wirkungen der Krise auf die deutsche Wirtschaft wissen, scheint die Ware „Arbeitskraft“ am stärksten in Mitleidenschaft gezogen zu sein. Dene Auffassung, daß die Arbeitgeber weit größere Arbeiterentlassungen vornehmen, als nach dem Beschäftigungsgrad der Betriebe notwendig wäre — eine Auffassung, die auch das „Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften“ vertritt (Nr. 1, 1926) — hat große Berechtigung.

Von den einzelnen Industriezweigen, deren Arbeiterschaft im Fabrikarbeiterverbande ihre wirtschaftliche Interessensvertretung findet, ist es insbesondere die Bauindustrie, die Kautschukindustrie, die Spielwarenindustrie, teilweise auch die Papiererzeugungsindustrie und die chemische Industrie, in denen die Erwerbslosigkeit besonders großen Umfang angenommen hat. In Hannover, dem Hauptsitz der deutschen Kautschukindustrie, hat sich die Gesamtzahl der darin Beschäftigten mindestens um ein Drittel verringert. Trotzdem hat die Kurzarbeit einen gewaltigen Umfang angenommen. Hier gibt es eine große Anzahl Arbeiter, die schon seit August verkürzt arbeiten und mit sehr beschränktem Verdienst nach Hause gehen müssen. In Neubekum, dem Hauptsitz der rheinischen westfälischen Zementindustrie, arbeiten drei Fünftel der Verbandsmitglieder verkürzt, und zwei Fünftel sind vollkommen arbeitslos. In Köslin i. B. waren wegen Stilllegung der Papierfabrik und der Baustoffindustrie 68 Proz. arbeitslos und 15 Proz. unserer Mitglieder arbeiteten verkürzt. In einer großen Zahl von Orten, die hier wegen Raumnot nicht alle aufgeführt werden können, ist weit mehr als die Hälfte der Mitglieder arbeitslos oder erwerbsbeschränkt.

Der Fabrikarbeiterverband ist selbst nach Kräften bemüht, die Notlage seiner Mitglieder zu lindern. Durch seine Unterstützungsrichtungen hat er nach vorläufiger Schätzung im letzten Quartal

jeden 850 000 Mark für Erwerbslosenunterstützung

aufgewandt, wovon circa 500 000 Mark auf Arbeitslosenunterstützung und circa 350 000 Mark auf Krankenunterstützung entfallen. Die Erlöse von ihm geleistete Erwerbslosenunterstützung im Jahre 1925 betragen fast 2 Millionen Mark. Eine große Reihe von Verwaltungsstellen hat im letzten Quartal 1925 weit mehr an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, als sie an Mitgliederbeiträgen aufgebracht haben.

Dringend erforderlich ist eine Erhöhung der ungenügenden staatlichen Erwerbslosenunterstützung und der Wiedereinführung der Unterstützung der Kurzarbeiter, um die ungeheure Not der Krisenopfer zu lindern. Die Kurzarbeiter leiden nicht weniger darunter als die Vollarbeitslosen.

An allen Stellen, in denen die Arbeitszeitverkürzung 24 Stunden und mehr beträgt, erhalten nach unserer Statistik die Hälfte der Kurzarbeiter nach Abzug der Versicherungsbeiträge und Steuern weniger als die Empfänger der Erwerbslosenunterstützung. Wir führen hier einige traurige Fälle von den vielen, die uns berichtet wurden, an:

In der Papierfabrik Eltau in Biersen (Rhd.), die 130 Personen beschäftigt, 100 männliche, 30 weibliche, wird nur 3 Tage oder 24 Stunden gearbeitet. Der Tariflohn beträgt für Vollarbeiter 61 Pf., für Vollarbeiterinnen 41 Pf. pro Stunde. Nach Abzug der Steuern, Krankengeld usw. gehen die Arbeiter mit 12 M., die Arbeiterinnen mit 8 M. Wochenverdienst nach Hause.

In einer chemischen Fabrik in Reichenstein in Schlesien ist ein Teil unserer Mitglieder infolge schlechten Beschäftigungsumfanges nur 3 Tage in der Woche beschäftigt. Der Tariflohn beträgt pro Stunde 40,5 Pf. + 1 Pf. Sozialzulage für Verheiratete. In 3 Arbeitstagen zu je 8 Stunden erhält das Mitglied einen Lohn von 9,96 M. Der Arbeitlose in Reichenstein erhält pro Woche bei 2 Kindern (Wirtschaftsgebiet Ost, Ortsklasse D) 12,24 M. Der Arbeitlose erhält also pro Woche ohne Arbeit 2,28 M. mehr als derjenige, der in der chemischen Industrie 3 Tage in der Woche arbeitet.

In einer Fabrik der Chamottindustrie Schlesiens wurde einem Mitgliede unseres Verbandes nach Abzug der Versicherungsbeiträge 1,35 M. als Wochenverdienst ausgezahlt.

Angesichts des ungeheuren Umfangs der Kurzarbeit und der Erwerbslosigkeit fordert der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes in einer Eingabe an Reichstag und Regierung die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung auf die Kurzarbeiter nach den Vorschlägen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Weiter wird darin an die Regierungen des Reiches und der Länder die Forderung gestellt, energische Schritte zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu unternehmen, insbesondere die beschleunigte Verwendung der Hauszinsksteuererträge zum Wohnungsbau, die Durchführung öffentlicher Arbeiten, ferner eine Handelspolitik, die den Absatz deutscher industrieller Erzeugnisse im Auslande erleichtert und eine Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die Bestrebungen der Gewerkschaften zur Hebung der Kaufkraft der Arbeiterschaft zu unterstützen. G. R.

Behrens und Meyer.

Ein erwidrigter Korruptionversuch.

In der Sonntagsummer des „Deutschen“ war eine Erklärung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften veröffentlicht, die zu dem Falle Behrens-Meyer Stellung nahm. Es heißt dort unter anderem:

„Der Vorstand des Zentralverbandes der Landarbeiter teilte mit, daß seine beiden Vorstehenden, die Abgeordneten Behrens und Meyer, auf ihren eigenen Wunsch, so lange ihre Vorstandsämter nicht ausüben, bis die Angelegenheit reiflos geklärt ist.“

Der Vorstand des Zentralverbandes der Landarbeiter hat den Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften gebeten, zwei Bevollmächtigte zu bestellen, die bis zur reiflosen Klärung der

Angelegenheit in der Leitung des Zentralverbandes mitwirken. Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften wird diesem Erlauchen entsprechen.“

In der Erklärung wird das Verhalten der beiden Vorstehenden des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter ausdrücklich mißbilligt. Man scheint somit innerhalb des Gesamtverbandes eine reinliche Scheidung für notwendig zu halten.

Wir haben zwar keinerlei Verlangen, uns irgendwie in die internen Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften einzumischen, im Interesse der Reinheit der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und des nun einmal nicht zu umgehenden Zusammenarbeitens der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen im praktischen Gewerkschaftskampfe können wir die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften nur begrüßen. Wenn wir recht unterrichtet sind, dann dürfte die verhängnisvolle Rolle, die die Behrens und Meyer in der christlichen Landarbeiterbewegung gespielt haben, zu Ende sein.

Damit dürfte auch der Versuch der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, auf dem Wege der Korruptionierung die Gewerkschaften matt zu setzen, erledigt sein. Dieser Versuch konnte nur von Leuten unternommen werden, für die die Macht des Geldes alles ist.

Bei der parteigedächlichen Verbundenheit der Behrens und Meyer mit den Führern der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist es freilich nicht sehr überraschend, daß die Reichinger und von Jengen gerade bei den Vorstehenden des christlichen Landarbeiterverbandes einhaken. Die ganze Politik der Behrens und Meyer lief ja immer darauf hinaus, eine Art Synthese zwischen christlichen Gewerkschaften und gelben Verbänden zu finden. Von Unternehmern in irgend einer Form Geld nehmen, ist gerade das Kennzeichen der gelben Verbände. Die Behrens und Meyer, deren geistliche Verbundenheit mit den Unternehmern längst offen zu Tage lag und schon durch ihre politische Tätigkeit unermesslich war, hatten auch diesen letzten Schritt getan. Damit scheint ihrer verhängnisvollen Tätigkeit endlich ein Ziel gesetzt zu sein.

Das Elend in der Zigarettenindustrie.

Lohnruhr trotz Schiedspruch.

Eine außerordentliche Branchenversammlung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker beschäftigte sich mit dem Vorgehen einzelner Zigarettenfabriken gegen den Schiedspruch, den der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 4. Dezember gefaßt hat. Durch diesen auf Antrag der Unternehmer erfolgten Schiedspruch wurde die beabsichtigte zwanzigprozentige Lohnherabsetzung abgelehnt und die Entlohnung der Gruppe bis 31. März 1926 wie bisher festgelegt. Trotzdem am 21. Dezember die Unternehmer diesen Schiedspruch anerkannt haben, versuchen sie teilweise mit allen Mitteln, seine Durchführung zu sabotieren. Sie weigern sich nicht nur, den tariflichen Lohn zu zahlen, sondern verlangen an den Maschinenführern, die unmöglich erreicht werden können und auch nach dem erst kürzlich in Kraft getretenen Reichsarbeitsgesetz nicht zulässig sind, eine Erhöhung des Lohnes. Große Entrüstung löste die Befanntgabe der Firmen aus, der einzigen Betriebe, die noch voll arbeiten. Um den Maßnahmen dieser Firmen nachdrücklich Widerstand zu leisten, wurde mit Zustimmung der Ortsverwaltung der einstimmige Beschluß gefaßt, daß kein Berufskolleg zu niedrigeren als den im Schiedspruch festgelegten Löhnen arbeiten darf. Das Ergebnis des am 21. Dezember 1925 unter Vorsitz des Gewerkschaftsrats Körner gefaßten, für beide Parteien verbindlichen Schiedspruches, nach dem die Urlaubszeit und die Dauer der bezahlten Krankheitsstage verkürzt worden sind, wurde mit Bedauern entgegengenommen.

Bestenfalls wurde weiter die Auswirkung des am 1. Oktober vorigen Jahres in Kraft getretenen Tabaksteuergesetzes. Während vor einem Jahr in Berlin 140 Betriebe voll arbeiteten, sind heute diese Betriebe bis auf 12 Betriebe stillgelegt. Von den 12 Betrieben arbeiten auch wiederum nur fünf mit stark vermindertem Beschäftigungsumfang. Nach dem Tabaksteuergesetz vom 10. August 1925 sollen die Arbeiter, die infolge dieses Gesetzes arbeitslos werden oder kurzarbeiten müssen, eine Sonderunterstützung erhalten. Die ein Vierteljahr nach Inkrafttreten des Gesetzes am 16. Dezember 1925 vom Finanz- und Arbeitsministerium erlassenen Ausführungsbestimmungen machen aus dem Recht auf Unterstützung eine Armenunterstützung. Gegen diese Maßnahmen der Regierung, die auf die arbeitslosen und kurzarbeitenden Tabakarbeiter wie ein Hohn wirkt, protestierten die Versammelten ganz entschieden. Sie verlangten von den Hauptvorständen der Organisationen energische Abwehrmaßnahmen, damit nicht eine blühende Industrie, in der Tausende von Arbeitern beschäftigt sind, vernichtet wird.

Die Arbeitslosigkeit der Bäcker und Konditoren.

Sie ist den Bäckermeistern noch nicht groß genug.

Vom Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband wird uns geschrieben:

Unter den Mitgliedern des Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbandes verdoppelte sich die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter von Anfang bis zum Ende des Jahres 1925. Von je 100 Mitgliedern entfielen am 1. Januar des vorigen Jahres 16,3 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter, am 31. Dezember jedoch 33,2 Proz. Die Zahl der Arbeitslosen stieg allein vom November bis zum Dezember von 5393 auf 11 930, darunter die der weiblichen von 2365 auf 7200, die der Kurzarbeiter von 4129 auf 6054. Von je 100 Verbandsmitgliedern waren im Dezember 22 Proz. arbeitslos gegenüber 9,9 Proz. im November. Sprunghaft nimmt die Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche bei den Bäckern und Konditoren zu. Nach der amtlichen Arbeitsnachweisstatistik waren Ende November 14 000 Bäcker und Konditoren arbeitslos gegenüber 10 782 im Monat Juni.

Trotz einer starken Ueberfüllung des Berufes — infolge der Wirtschaftskrise sind zahlreiche bisher in anderen Berufen beschäftigte Bäcker und Konditoren wieder in ihr Handwerk zurückgekehrt — bemühen sich die Bäcker- und Konditormeister bei den Landesregierungen, eine Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen über die Zahl der Lehrlinge zu erreichen. Demgegenüber muß alles getan werden, gerade in heutiger Zeit der Vorkriegszücherei in diesem Gewerbe einen Riegel vorzuschieben. Auch alle Eltern und Vormünder müssen sich hüten, ihre Söhne oder Minderjährige in ein Handwerk erlernen zu lassen, in dem sie nach der Lehre mit langer Arbeitslosigkeit rechnen müssen.

Zum Tarifstreit im Bankgewerbe.

Bestenfalls fanden im Arbeitsministerium unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Müller Beratungen statt über die von den Angestelltenverbänden beantragte Verbindlichkeitsklärung der am 23. Dezember gefaßten Schiedsprüche, die sich auf die Verlängerung des Manteltarifs und auf eine Gehaltsregulierung beziehen. Die Bestrebungen des Verhandlungsleiters waren darauf gerichtet, die Tarifhandlung doch noch auf dem Wege einer freien Vereinbarung herbeizuführen. Ein Resultat konnte aber, wie das Wolff-Bureau mitteilt, nicht erzielt werden, da die Vertreter des Reichsverbandes der Bankleitungen hinsichtlich der Arbeitszeit eine vom Schiedspruch abweichende Formulierung zur Voraussetzung für die sonstige Annahme und für die etwa abzuschließende freie Vereinbarung machten. Hierzu nahelichten sich die Angestelltenvertreter entweder ablehnend oder sie erklärten, daß erst Beratungen darüber stattfinden müssen.

Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Der 9. Kongress der christlichen Gewerkschaften wird am 17. April und die folgenden Tage in Dortmund stattfinden. Als Tagesordnungsgegenstände sind außer dem Bericht des Ausschusses, den üblichen Wahlen und der Beratung eingegangener Anträge die Behandlung folgender Fragen in Aussicht genommen:

Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens.

Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Lage und Aufgaben der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft.

Das Wohnungs- und Siedlungswesen.

Grundlagen und Wege des gewerkschaftlichen Bildungswesens.

Die beiden einleitenden Vorträge grundsätzlicher Art werden von Siegerwald und Imbusch gehalten werden.

Kommunistische Vibelchre.

Auf die Erwiderung des ADGB, die wir in unserer Dienstag-Morgennummer veröffentlichten, antwortet die „Rote Fahne“ mit einem langen Artikel, der in dem üblichen bolschewistischen Toze gehalten ist. Am Schluß wendet sie sich gegen den „Vorwärts“, indem sie triumphierend ausruft: „Wenn die Sowjetregierung die Bibel herausgibt, dann haben die Menschheitsdenker des „Vorwärts“ wirklich keine Ursache, über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Sowjetrußland zu jammern.“

Wir stellen nur bescheiden fest, daß die Sowjetregierung die Veröffentlichung sozialistischer Zeitungen, Zeitschriften oder Broschüren unterdrückt. Dagegen gibt sie die Bibel heraus. Die „Rote Fahne“ sagt: „Sie erzieht die Jugend in ihrem Geiste.“

„Das Schicksal älterer Angestellten.“

Zu der von uns im gestrigen Morgenblatt mit dieser Ueberschrift gegebenen Darstellung der „Dtsch. Konfektion“ teilt uns die Firma Gebr. Heller u. Horwig, Komm.-Ges. auf Aktien, mit, daß der 48jährige Vertreter Henschel nicht entlassen worden sei. Seit den 1. März 1925 sei ihm nahegelegt worden, sich um eine andere Stellung zu bemühen, da er der einzige Unverheiratete war und eine Entlassung verheirateter Angestellter vermieden werden sollte. Es sei Henschel auch am ehesten möglich gewesen, insoweit seines Ansehens in der Branche eine andere Tätigkeit zu finden. Auch als ihm Ende Dezember erneut nahegelegt wurde, seine Stellung bei der Firma aufzugeben, sei ihm ausdrücklich gesagt worden, daß es auf einige weitere Monate nicht anlände. Private Verhältnisse hätten mit dazu beigetragen, ihn zu dem Selbstmord zu bewegen. Gerüchte über weitere Entlassungen älterer Angestellter seien unwahr.

Wir können den Fall nicht nachprüfen, den wir lediglich als Beispiel angezogen hatten für das Schicksal der älteren Angestellten im allgemeinen. Die Schlußfolgerungen, die wir für die Angestellten, die noch jung sind, insbesondere daraus gezogen haben, werden durch die Rechtfertigung der Firma in diesem Falle nicht berührt.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in Essen.

Essen, 20. Januar. (Tl.) In der vergangenen Woche hat sich die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 3047 auf 13 528 vermindert. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die 4250 durch Hochwasser erwerbslos gewordenen Unterstützungsempfänger bis auf 118 die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1413 auf 1211 zurückgegangen. Mit Arbeitslosen werden 532 Erwerbslose beschäftigt. 1266 ausgeleierte Erwerbslose werden von den Wohlfahrtsämtern unterstützt.

Unternehmer gegen einen verbindlichen Schiedspruch.

Köln, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Rhein-Konfession droht ein Aufruhr auszubrechen, da sich der Arbeitgeberverband der Rheinvereiderei weigert, den Schiedspruch anzuerkennen. Er droht, die Meiderer stillzulegen, wenn die Arbeiter nicht eine Lohnföhrung zugestehen.

Der Schiedspruch in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Donaueschingen vom 23. Dezember im Lohnstreit der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Die Türen stehen weit offen.

Amsterdam, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In „Het Volk“ erklärt Genosse Stanhuis, daß der Internationale Gewerkschaftsbund jederzeit zu Verhandlungen unter seiner Leitung bereit wäre, sobald die russischen Gewerkschaften den Wunsch aussprechen, sich an die Amsterdamer Internationale anzuschließen. Bei der Ausnahme würde ihnen unbedingt ein Posten im Vorstand des IGB eingeräumt werden, und man würde ihnen auch zugestehen, daß sie nicht jede Verbindung mit den kommunistischen Gewerkschaftszentralen aufgeben brauchen. Jedoch müsse der IGB seinen eigenen Standpunkt wahren, wenn die Russen versprochen wöhlen, eine neue Gewerkschaftsinternationale ins Leben zu rufen. Sollten die Russen etwa beschließen, daß sie zu „Reformisten“ gemacht werden sollten, so werde demgegenüber fest, daß im IGB jeder auf seine Art selig werden könne. Das eine müsse der IGB beanpruchen, daß die kommunistische Zellenbildung unbedingt eingestellt wird. Wenn die Russen bereit wären, mit der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung zusammenzuarbeiten, dann könnten sie die Brücke zwischen dem Proletariat des Westens und dem des Ostens bilden, und es würden sich neue ungeahnte Möglichkeiten für den internationalen proletarischen Klassenkampf ergeben.

Der Kampf in der belgischen Schwerindustrie.

Brüssel, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Versuch der Arbeitgeber, im Hennegeu die Werte der Schwerindustrie trotz des Streiks in Betrieb zu setzen, ist völlig gescheitert. Trotz eines Kampfes, der schon sieben Monate dauert, haben sich kaum 8 Proz. der Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit gemeldet, was keineswegs zur Ausnahme des Betriebes genügt. Nachdem die sozialistische Minister den Innenminister veranlaßt hatten, die Gendarmen aus dem Streikgebiet zurückzuziehen, blieb die Ordnung völlig ungestört.

Deutscher Metallarbeiterverband, Bezirk X, Kassenkasse Metallindustrie. Große allgemeine Funktionserversammlung aller Betriebskassen, Obkassen und Vertrauensmänner morgen, Freitag, abend 7 Uhr im Rabbiners Club, 2. Adolfsplatz. Nach dem Ende der Arbeit in der Fabrik, 2. Adolfsplatz, 10. Etage, abend 7 Uhr im Rabbiners Club, 2. Adolfsplatz, 10. Etage, abend 7 Uhr im Rabbiners Club, 2. Adolfsplatz, 10. Etage.

Abend 7 Uhr im Rabbiners Club, 2. Adolfsplatz, 10. Etage. Nach dem Ende der Arbeit in der Fabrik, 2. Adolfsplatz, 10. Etage, abend 7 Uhr im Rabbiners Club, 2. Adolfsplatz, 10. Etage.



Das Wissen vom Haushalten

Niemand soll fürchten, wenn er die Ueberschrift liest, daß ihm sehr gute Ratschläge vorgelegt werden, wie er Haushalten soll. Guter Rat ist teuer heute, wo es zum Haushalten hinten und vorne nicht langt, und der beste Rat schafft nicht mehr Geld, wenn es einmal zu wenig ist. Aber es ist eine merkwürdige Sache um das Haushalten und den Haushalt. Wenn man nämlich alle Gelehrten der Welt zusammenkommen ließe und fragte sie, was sie vom Haushalten und vom Haushalt wissen, so kämen sie in die allergrößte Verlegenheit. Denn die Wissenschaft hat sich mit allen möglichen und unmöglichen Dingen befaßt, vom Haushalten und vom Haushalt aber weiß sie nichts. Aber den Hausvätern und Hausfrauen ginge es nicht besser, wenn man sie fragte: Was wißt Ihr von Eurem Haushalt. Sie lähen genau so verblüht da. Sie haben auch allerlei in ihrem Leben gelernt, und es gibt zum mindesten keine Hausfrau, die nicht alle Einzelheiten ihres Haushalts bis ins Letzte kennt, aber was der Haushalt, das Haushalten ist, darauf müßte kaum ein Hausvater, kaum eine Hausfrau eine Antwort.

Wofür man arbeitet.

Und doch ist der Haushalt und das Haushalten neben der Arbeit und dem Verdienen nicht nur die ganze zweite Hälfte des Lebens, sie ist sogar die wichtigere. Arbeiten tut der Mensch nämlich nur für den Haushalt, und verdienen tut er nur zum Verbrauch. Eine andere Frage ist es, ob das Arbeiten und Verdienen immer angenehm ist, auch ob es langt und langem kann, was erarbeitet und verdient wird. Aber das Verbrauch und Haushalten ist der Zweck des Arbeitens und Verdienens. Um so merkwürdiger, daß die ganze Welt vom Arbeiten und Verdienen etwas weiß, nichts aber davon, wofür gearbeitet und verdient wird. Allerdings, in der kapitalistischen Welt, in der wir leben, ist es kein Wunder. Wenn's gut geht, der hat keinen Grund, über den Haushalt und das Haushalten nachzudenken, und wenn's schlecht geht, der hat keine Zeit dazu. Kommt noch hinzu, daß die im allgemeinen die Wissenschaft machen, denen es gut geht und daß denen, die Wissenschaft für diejenigen machen, denen es schlecht geht, ihren Kopf voll davon haben, wie es besser gehen könnte. Wie dann das, was erlärmt wird, verbraucht wird, ist eine Privatangelegenheit der Familienväter und Hausfrauen. Der Haushalt und das Haushalten ist im kapitalistischen System eine Privatangelegenheit. Ist das der Kern, daß man nichts davon weiß? Aber auch das Produzieren ist ja Privatangelegenheit der Kapitalisten und Unternehmer, sogar eine Privatangelegenheit im allerengsten Sinn. Sein Zweck ist der Profit, und der Zweck des Profits ist der Haushalt der Kapitalisten und Unternehmer, in den er hineingeht. Und doch gibt es Millionen von Büchern über das Produzieren, auch wie man Profit macht. Vom Produzieren lernt die ganze Welt schon in der Schule (vom Profit weniger). Vom Haushalten aber lernt man nichts, und was die Wissenschaft darüber geschrieben hat (es laugt nichts!), könnte man bequem unter einem Arm nach Hause tragen.

Arbeit zum Leben.

Daß es nun aber den Millionen und aber Millionen arbeitenden Menschen in der kapitalistischen Welt nicht so geht, wie es gehen sollte und könnte, das hat den Kampf gegen diese unvernünftige kapitalistische Welt und für eine bessere Welt erzeugt, den Kampf für den Sozialismus. Millionen und aber Millionen von Familienvätern und Hausfrauen führen ihn. Das Leben soll nicht zur Arbeit, die Arbeit soll zum Leben dienen, das Haushalten nicht für das Produzieren, und das Produzieren nicht für das Profitieren zugunsten weniger — sondern das Produzieren für das Haushalten und das Profitieren für alle, und zwar nicht, damit wieder und wieder produziert wird, sondern damit man was vom Leben hat. Die Millionen und aber Millionen von arbeitenden Angestellten, Beamten und Arbeitern wollen also dem Haushalt und dem Haushalten die Stellung geben, die ihm vernünftigerweise gebührt, und die er in der kapitalistischen Welt nur bei ganz wenigen hat: bei den Kapitalisten und Unternehmern, bei denen die „Arbeit“ (in der Hauptfrage allerdings die der anderen) wirklich zum Leben, das Produzieren wirklich zum Haushalten da ist. Das ist der Sinn des Sozialismus und der Zweck aller Sozialisierung. Nun kann den Kapitalismus jeden Augenblick der Teufel holen. Er wächst seinen Herren, den Unternehmern, über den Kopf. Als die Währung im Herbst 1923 zusammenbrach in Deutschland, hat das zugleich auch fast den Zusammenbruch des Kapitalismus bedeutet. Wenn die Unternehmer am Steuer der Wirtschaft verlagern, müssen andere an ihre Stelle. Die schwere Krise, in der Deutschland eben steht, ist auch wieder nur der Unfähigkeit der Unternehmer zu danken, zu leisten, wofür sie da sind. Wir leben in einer Demokratie. Wenn der Staat das Steuer ergreifen muß, sind die Bürger der Steuermann der Wirtschaft. Weil das zu 75 Proz. arbeitende Menschen sind, hängt es nur von der Geschlossenheit der arbeitenden Massen und ihrer Fähigkeit ab, die gesamte Wirtschaft auf ihre Interessen umzustellen. Das heißt aber, die gesamte Produktion vom Profit auf den Verbrauch, das Arbeiten aufs Leben, die Erzeugung aufs Haushalten umzustellen. Wie das aber gelingen soll, wenn man zwar allerlei vom Produzieren, nichts aber vom Haushalten weiß, das ist ein Rätsel. Für die sozialistische Wirtschaftsordnung kommt es nämlich nicht darauf an, daß jeder seine eigenen Sorgen lenkt und daß man weiß, was man gerne möchte, sondern daß man die Stellung und die Funktion des einzelnen Haushalts im ganzen Volkshaushalt kennt, daß man weiß, daß ein Familienhaushalt ein Wirtschaftsbetrieb ist, und was für ein Wirtschaftsbetrieb er ist, was der gesamte Volkshaushalt im Verhältnis zur gesamten volkswirtschaftlichen Produktion, im Verhältnis zum Staats- und Gemeindehaushalt, im Verhältnis zu den Staats- und Gemeindebetrieben darstellt, und daß man endlich aufs genaueste und klarste Bescheid darüber weiß, wie praktisch der ganze volkswirtschaftliche Produktionsapparat für die in ihm und für ihn Arbeitenden mit dem denkbar größten Nutzen für das Leben aller fruchtbar gemacht werden kann. Dieses Wissen fällt niemand in den Schoß. Wenn die Arbeiterschaft die Macht hat, steht es noch lange nicht fest, daß sie damit etwas Vernünftiges anfangen kann. Gewiß ist alle Weisheit ohne Macht leer und zwecklos. Aber alle Macht ohne genügendes Sachverstand, sie anzumenden, ist blind. Das ist ja die größte Tragik des Bolschewismus, daß er aus einem Meer von proletarischen

Leiden, Blut und Tränen erst mühsam sich hindurchfinden muß, wozu er seine Macht gebrauchen kann.

Die Umstellung auf den Sozialismus kann auch nur eine allmähliche sein. Vor allem in dem Industriestaat Deutschland, wo man nicht wie in Rußland die Bauern sich selbst überlassen und durch Requisitionen von Lebensmitteln und durch Tabaksteuern die Industriearbeiterschaft durchschleppen kann, bis man zur Führung der Wirtschaft geübt genug geworden ist. Daher muß man, bevor die Arbeiterschaft das Wirtschafts- und Wirtschafts-ergreift, den Kapitalismus, den man ja zum Sozialismus verändern und umstellen will, aufs gründlichste kennen. Man kennt den Kapitalismus aber abolut nur halb, d. h. aber, man kennt ihn überhaupt nicht, wenn man wohl den Unfuss der Profitwirtschaft und die Sorgen der arbeitenden Massen, nicht aber das unendlich komplizierte Zusammenspiel zwischen Produzieren und Haushalten kennt, und zwar von allen Seiten, das erst das kapitalistische System ausmacht. Gerade darüber könnte jeder arbeitende Mensch sehr viel wissen, wenn er sich in seinem Haushalt wenigstens so auskennen würde, wie er sich in seinem Betrieb und Beruf auskennt, wie auch die Arbeiterschaft erst zur Führung der Wirtschaft fähig wird, wenn sie sich, wie in der Produktion, so auch im gesamten Volkshaushalt auskennt.

(Weitere Artikel folgen.)

Stadtheizung in Charlottenburg

Seit einigen Jahren sind in verschiedenen deutschen Städten — Hamburg, Kiel, Barmen, Braunschweig, Leipzig, Dresden, Scherwin, Reutlin u. a. — bereits Fernheizwerke in Betrieben, welche innerhalb ihres Anschließbereichs Wärme an die Häuser liefern, ähnlich wie Gas, Wasser und Strom seitens der städtischen Werke geliefert wird. Das Bezirksamt Charlottenburg plant zurzeit das in Charlottenburg seit rund 12 Jahren für das Rathaus und die umliegenden städtischen Gebäude bestehende Fernheizwerk zu einem Stadtheizwerk auszubauen, um einen größeren Teil der Stadt mit Wärme für Heizung und Warmwasser zu beliefern. Bei genügender Beteiligung der Abnehmer soll der Stadtheizung zwischen Elektrizitätswerk — Steinplatz — Untergrundbahnhof Kaiserbaum — Elektrizitätswerk Anschluß erhalten. Zunächst wird jedoch nur ein Teil dieses Stadtgebietes mit den nötigen Leitungen versehen werden können. In den nächsten Wochen sollen Beauftragte des Bezirksamts die wärmetechnischen Einrichtungen der für einen Anschluß in Frage kommenden Häuser aufnehmen. Es wird gebeten, diesen im amtlichen Auftrage erscheinenden Ingenieuren, die sich durch eine mit dem Bezirksamtsiegel versehene Karte als solche auszuweisen haben, Zutritt zu den Kesselräumen usw. zu gewähren und gegebenenfalls erbetene Auskünfte zu erteilen. Die Bearbeitung des gesamten Entwurfes erfolgt im städtischen Maschinenbauamt — Rathaus, Zimmer Nr. 414/415, Fernsprecher Hausanschluß 131 und 160 —, dessen Leiter, Magistratsbourat Schmidt, jede weitere gewünschte Auskunft auf Anfragen erteilen wird. Sprechzeit 10 bis 12 Uhr vormittags.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Eva hatte dann nicht mehr gelaugnet. Wozu? Einem Arzt, der nicht dumm ist, der seine Sache versteht, dem etwas vorzumachen, konnte ihr ja nicht gelingen; das wußte sie. Und was half es ihr, daß der Professor in der Charité so beruhigt hatte, das glaubten die Peterseims doch nicht. Die waren ängstlich. So alte Leute schon, und doch noch so ängstlich. Das begriff Eva wiederum nicht. Jetzt, nun ihre Versicherung, ihre Tränen, ihre Bitten nichts weiter gefordert hatten, als daß die Peterseims versprachen, den Grund der Entlassung ihr nicht ins Zeugnis zu schreiben, war sie ruhiger geworden. Und merkwürdig war es, daß sie trotz aller Aufregung sich jetzt wieder etwas gefünder fühlte. Sie hatte sich aufgeregelt. Sie war den alten Leuten nicht gram darum, daß die sie entließen, es würde ja schon irgendwie wieder werden. Ihr Zeugnis war gut; Grund der Entlassung: vier Treppen zu ansteigend. So schmerzlich es Eva auch war, als sie in der kleinen bebänderten Küche, darinnen sie einst gesungen hatte, sich zum letztenmal umsoß, so ernst ihr Gesicht auch war, die Lippen schmal und ganz blaß, sie war sich bewußt: es war nun einmal ihr Los, zu wandern.

23.

„Wo sind Sie denn die letzten vier Wochen gewesen? Als Tag des Austritts steht hier der 30. März, jetzt haben wir morgen den 1. Mai.“ Der Herr sah sie fragend an, aber Eva sagte lächelnd: „Ich war vier Wochen zu Hause.“

Wenn Eva gelagt hätte: „Ich war in der Charité,“ hätte er sie vielleicht nicht genommen. So aber hatte er Reue, sie zu mieten, denn er brauchte jemanden für seine kranke Tochter, und da er nicht jedes hohe Gehalt zahlen konnte, hatte er bis jetzt noch niemanden gefunden. Und dieses Mädchen sah gewöhnlich und sanft aus. Daß es ein wenig schielte und auch nicht scharf zu hören schien, das war für ihn weiter kein Hinderungsgrund. Im Gegenteil. So Vieles würde das wahrscheinlich gerade gefallen. Ihre Gesellen nur diejenigen nicht, die ganz ohne Fehl waren.

Sophie, die Tochter des Herrn Intendanturrat Rothe, war gelähmt, an den Rollstuhl gefesselt, und zudem war ihr Rücken verkrümmt. Wenn eine vor ihr stand, schlant gewachsen,

mit einem frischen Gesicht, eine, der das volle Leben aus allen Poren zu spritzen schien, dann kehrte sie sich ab, das mochte sie nicht sehen, das mochte sie boshaft. Sie konnte sehr boshaft sein, ihre Mädchen so quälen, daß die nach vier Wochen schon wieder gingen.

Mit dieser Eva Wilkowskij würde es vielleicht gehen. Herr Rothe sagte: „Wenn Sie meiner Tochter zusagen, können Sie morgen gleich eintreten.“ Und Eva hoffte es, denn der Mann hatte solch bekümmertes Gesicht, traurige Augen und viele Falten auf der Stirn; er war ihr sympathisch. Sie wurde vor das Fräulein Sophie geführt. Eva, die nichts weiter wußte, als daß hier ein junges Mädchen zur Gesellschaft und Bedienung der leidenden achtzehnjährigen Tochter gesucht wurde, blinzelte erschrocken: die und achtzehnjährig? Ein kleines Gesicht, gelb wie vergiftetes Papier, sah sie an, ein altes Gesicht: das Gesicht einer völlig Budligen. Ein Buckel hinten, ein Buckel vorn. Und nun streckte die kleine Budlige eine kleine, kinderleine Hand aus: „Kommen Sie doch mal näher!“ Hurtige schwarze, kluge Augen musterten Eva. Diese Ruftierung hatte etwas Berührendes, aber Eva sagte sich: „Halt Stand, du brauchst eine Unterkunft. Aus der Charité bist du wieder entlassen, das Geld, um zu privatfizieren, hast du nicht.“ So blieb sie ruhig stehen, lächelte und ließ sich geduldig mustern.

„Du kannst sie mieten, Papa,“ sagte das Fräulein, winkte ihren Vater an ihr Sesseln und flüsterte ihm noch etwas ins Ohr. Aber dies Flüstern mit einer Stimme, die scharf war und quälig wie die eines unartigen Kindes, hörte Eva doch. „Hübsch ist sie nicht im mindesten. Sie gefällt mir.“

„Sie dürfen meiner Tochter manches nicht übernehmen,“ sagte nachher der Vater, als er Eva hinausließ. „Das arme Kind ist selber so unglücklich daran, daß sie Wert darauf legt, nicht durch besonders hübsche Menschen in ihrer nächsten Umgebung zu sehr an das eigene Gebrechen erinnert zu werden. Sie sind aber doch ganz gesund, nicht wahr?“

Eva bejahte.

„Meine arme Tochter war früher ein so schönes Kind — wir haben nach eine Photographie von damals —, bis das Unglück kam.“ Der Vater schien es nötig zu finden, Eva näher zu unterrichten. Seine Augen blickten jetzt noch trauriger als drinnen bei der Tochter. Seine Stimme zitterte: „Sie fiel aus dem Fenster. Das Unglück hat sie etwas verbittert, das ist zu verstehen.“

Verbittert — ja, das verstand Eva. Würde es sie nicht

auch manchmal wie Verbitterung beschleichen, wenn ihr unverschuldetes Leiden sie quälte? Wenn sie andere sah, die gesund waren und doch ihre Gesundheit nicht so nötig gebraucht hätten wie sie. Aber nun sie wieder einmal vier Wochen in der Charité gelegen hatte, ging es ihr ja wieder besser; auch das Ohr war zugeheilt, und sie hatte sich ausgeruhet; nun fühlte sie nichts von Verbitterung. Wenn sie verglich, war sie doch noch besser daran als diese arme Bewachene, die, beinahe eine Zwergin, in einem Sesseln saß und sich nicht ohne Hilfe bewegen konnte.

Nun fuhr Eva fast alle Tage das Fräulein Sophie in einem Wägelchen, das nicht viel größer war als ein Kindersportwagen, auf den grünen Platz bei der Kirche. Sie wohnten in Friedenau. Wenn gutes Wetter war, dann machte Eva gegen Mittag ihre Dame zur Ausfahrt fertig; es war merkwürdig, daß Fräulein Sophie noch eitel war. Man mußte ihr den Spiegel vorhalten, sie steckte sich erst eine blaue Schleife an den großen weißen Spitzentragen, von dem sie annahm, er verdecke ihre Gestalt in etwas, dann eine rote. Und auch die riß sie sich wieder ab und wählte zuletzt eine, die war quittegelb. „Die Farbe, die harmonisiert so schön mit meinem Gesicht,“ sagte sie dann mit einem Lachen, das Eva sich zuerst nicht recht erklären konnte, dann aber wußte sie es: es war das Hohnlachen über die eigene Mißfarbe. Wenn die Schleifenwahl zum glücklichen Ende gebracht war, stülpte Eva dem schwarzen, kurz gehaltenen Lockenkopf des Fräuleins den Hut mit den Maßliebchen auf, und der Portier wurde gerufen. Der nahm die kleine Budlige wie ein Kind auf den Arm, trug sie ins Parterre hinunter, wo der kleine Wagen stand, und legte sie in die Kissen.

Stundenlang saßen Fräulein Sophie und Eva auf dem Platz in der Sonne. Eva hätte, auf einer Bank sitzend, und das Fräulein neben ihr im Wägelchen las. Sie sprachen kein Wort, nur wenn es Kindern beim in der Nähe spielen zu wollen, hob die Budlige den Kopf vom Buch. Dann fing sie an, so giftig zu blicken, daß die Kinder Angst bekamen vor den schwarzen Augen des „Fräulein Budli“ und fortliefen. Dann las die kleine Mißgestalt das selbe Buch, das sie laschte, wenn sie die Schleifen probierte: „Sie haben Angst!“ Aber dann zuckte es um ihre Lippen, so wie Lippen zucken, wenn Tränen auskommen wollen. Eva hatte so oft schon Menschen meinen sehen, sie spähte in die schwarzen Augen, aber sie sah immer nur den gleichen unruhigen Glanz, den kein Raß trübte.

(Fortsetzung folgt.)

Eine graufige Moritat.

Die „Franko-Borussia“.

Im folgenden teilen wir eine Geschichte mit, die sich nach den Ermittlungen der Polizei tatsächlich zugezogen hat und die zeigt, wie sehr junge Leute in einem gewissen Alter ein Opfer ihrer Wankhaftigkeit werden, wie sie bei ihren Erzählungen und ihrem Großmut keine Grenzen kennen.

Mitte Dezember v. J. verschwand ein 17 Jahre alter Kaufmannslehrling, nennen wir ihn Müller, aus dem Eilenden Berlin von seiner Arbeitsstelle und kam auch nicht wieder nach Hause. Weil er schon öfter ein paar Tage weggeblieben war, so machten sich seine Eltern zunächst keine allzu großen Sorgen. Endlich aber meldeten sie ihn doch als Vermissten bei der Kriminalpolizei. Deren Nachforschungen blieben erfolglos. Da hörten eines Tages die Eltern von einem Freunde ihres Sohnes, er heiße Schulz, der junge Mann sei ermordet und in einem Schacht der Untergrundbahn in der Nähe des Tempelhofer Feldes vergraben worden. Schulz hatte das wieder von einem jungen Manne gehört, der der „Franko-Borussia“ angehöre, den er aber nicht weiter. Die Nordinspektion nahm sofort mit einem Stab von Beamten die Ermittlungen auf. In dem Schacht der Untergrundbahn aber war trotz aller Suchens keine Leiche und auch sonst nichts Verdächtiges zu finden. Jetzt spürte man die „Franko-Borussia“ nach und ermittelte sie auch. Sie hatte auch einen Präsidenten, einen Fuchsmajor, und was sonst dazu gehört, war aber doch keine Studentenvereinsorganisation, sondern ein Verein von Kaufmannslehrlingen, die sich gegenseitig nach Kräften anschwanden. Jeder verheimlichte vor den anderen seinen wirklichen Beruf. Der eine spielte den Redakteur, der andere den Juristen usw. Die „Franko-Borussia“ hielt ihre Kommittees bald hier bald dort. Bei ihr hatte sich eines Tages auch Schulz gemeldet. Man hatte ihn zwar als Fuchs aufgenommen, gar bald aber „cum infamia“ als ungeeignet wieder ausgeschlossen. Deshalb wußte Schulz auch nicht recht Bescheid, als ihn die Kriminalpolizei über seine Mitteilung an die Eltern des Vermissten vernahm. Trotzdem gelang es, seinen Gewährsmann aufzuspielen. Wir nennen ihn Schmid.

Wie alle seine „Kommilitonen“ mit hervorragenden Leistungen auf diesem oder jenem Gebiete prahlten (der eine wollte ein Kunstschöpfer, der andere ein Reiter gleich einem Condo sein usw.), so war Schmid ein Borer, der, wie er behauptete, wegen seines „harten Schläges“ geliebt war und bereits die Anwartschaft auf die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft besaß. Schmid wurde zur Rechenschaft gezogen und legte zur allgemeinen Ueberraschung vor der Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis ab. Wie er sagte, traf er eines Abends Mitte Dezember nach einem Kneipabend Müller, der nicht mitgemacht hatte, um 11 1/2 Uhr in der Belle-Alliance-Straße. Bei dieser Gelegenheit erklärte Müller, daß er, Schmid, und alle seine „Kommilitonen“ dumme dumme Tugenden seien. Auf der Stelle forderte ihn Schmid, wie sich das gehörte, auf trumme Säbel „sine sine“. Müller jedoch „kniff“. Da verlegte ihm Schmid, um die Ehre der „Franko-Borussia“ wieder herzustellen, einen seiner berühmten harten Schläge. Müller sank in die Knie, brach dann ganz zusammen und war „erledigt“, d. h. tot. Schmid nahm die Leiche unter den linken Arm, trug sie auf einen Sandberg neben dem Schacht der Untergrundbahn, ließ sie in den Schacht hinunterkollern, warf einige Steine und Straßenbahnstienen nach und ließ dann noch so viel Sand hinunterregnen, daß sie völlig bedeckt war. Er hoffte, daß die Bauarbeiter sie am nächsten Tage gleich mit einbetonieren würden. Dann war jede Spur ausgelöscht. So weit das Geständnis. Die Kriminalpolizei glaubte davon kein Wort. In dem Schacht wurde ja noch gar nicht untersucht und trotzdem war keine Leiche zu finden gewesen. Der „Mörder“ aber blieb bei seiner Darstellung. Das Verhör hatte schon lange gedauert, ohne zu einem anderen Ergebnis zu führen, als es draußen klopfte. „Aha“, sagte der vernehmende Beamte, „da kommt wohl der Vertreter der 300 Mann, die wir mit dem Suchen nach der Leiche beauftragt haben, um für seine Leute die Verdonnerung zu holen.“ Er erlaubte der „Mörder“. Ganz erschrocken bekannte er, daß er nur noch 150 Mark besitze, erklärte sich aber bereit, die jedenfalls nicht ganz kleine Summe in Raten abzutragen, wenn die Kriminalpolizei so freundlich wäre, sie zunächst zu verwaschen. Man erwiderte ihm, das lasse sich denn doch nicht machen, man müsse sich vielmehr, wenn er selbst nicht zahlen könne, an seine Eltern wenden. Das schlug ein Schmid, der Anwärter auf den Meisterschaftstitel erlaubte noch um einen Grad mehr, verlor seine Haltung und bekannte, daß er sein ganzes Geständnis erjunden hatte.

Seinen „Kommilitonen“ hatte er die Geschichte als hervorragende Leistung aufgebunden und deshalb war er auch bei der Kriminalpolizei dabei geblieben, um nicht sein Ansehen zu schmälern. Aber die Aussicht, mit seinem Vater zu tun zu bekommen, brachte den angehenden Schwergewichtsmeister doch so weit aus dem Gleichgewicht, daß er auf die Aufrechterhaltung seines Rufes verzichtete. Mit seinem „Kommilitonen“ Müller hatte er gar nichts vor gehabt, und er wußte auch nicht, wo der geblieben war. Erst nach Wochen tauchte dieser plötzlich zu Hause wieder auf, und nun war bald alles klar. In der „Franko-Borussia“ hatte man eines Tages erkannt, daß man mehr Trinkgefäße brauche. Da erinnerte sich Müller, daß seine Eltern einige große Zinntrüge besaßen, die sich für die Kneipe wohl eigneten. Er nahm sie heimlich aus dem Schrank, um sie der „Verbindung“ zu stiften. Der Präside nahm sie mit verbindlichem Dank im Namen der Korona in Empfang, entdeckte in einem der Krüge 60 Mark, jagte davon nichts, hielt aber die „Kommilitonen“ dafür den ganzen Abend frei. Sie hatten nie so wacker getrunken, wie an diesem Abend. Seine Mutter entdeckte kaum, daß er auf die Kneipe gegangen war, das Verschwinden der Krüge, und erst jetzt erfuhr er, daß der eine 60 Mk. von ihren Ersparnissen entholten hatte. Um einer Abschneidung mit dem Vater zu entgehen, lief er davon und verschwand auch von seiner Arbeitsstelle. Die Wochen bis zu seiner Rückkehr hat er sich in Kneipen herumgetrieben, nicht in der besten Gesellschaft. Die „Franko-Borussia“ hat sich noch nicht entschieden, ob sie ihn darob ebenfalls „cum infamia“ ausschließen soll. Für die Nordinspektion ist der Fall endgültig erledigt.

Das Urteil im Aktienfälschungsprozess.

In dem großen Aktienfälschungsprozess wurde gestern das Urteil gefällt. Das Schwurgericht Mitte entschied zunächst, daß Aktienfälschungen als Minderverbrechen zu betrachten seien. Der Hauptschuldige des Unternehmens war der Angeklagte Köster von Blumenthal, der sich des Münzverbrechens in drei Fällen und des sonstigen gemeinschaftlichen vollendeten und versuchten Betruges schuldig gemacht hat. Wenn er auch zum Teil geständig war, so mußten ihm, als die treibende Kraft und mit Rücksicht auf seine Vorstrafen, mildernde Umstände vorgetragen werden. Es wurde gegen ihn auf eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus erkannt. Wegen der bewiesenen ehrlichen Reue wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre abgesprochen. Da er während der Untersuchungshaft einen Teil der früher gegen ihn erkannten Strafe verbüßt hat, wurden ihm nur vier Monate Untersuchungshaft angedröhnt. Den anderen Angeklagten wurden mildernde Umstände gewährt. Boed erhielt wegen gemeinschaftlichen Münzverbrechens und Betruges 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Werner Jacobi 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Wegen Beihilfe zum Betrug und Münzverbrechen wurden verurteilt Wehrlich zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis und Haas zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Der Angeklagte Römer konnte der Beteiligung am Münzverbrechen und Betrug nicht überführt werden, und wurde nur auf die Unterlassung der Falschung des ihm bekanntgewordenen Betruges angeklagt. Dafür erhielt er 9 Monate Gefängnis, welche Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. Bei Günther Jacobi wurde angenommen, daß er nur eine

sehr untergeordnete Rolle gespielt hat und daß es ihm nicht nachgemessen werden könne, daß es von dem Verdachten der anderen Kenntnis gehabt habe. Deshalb wurde er freigesprochen. Ebenfalls wurde freigesprochen die Angeklagte Störck. Die Verhandlung hat nichts ergeben, daß sie von dem Treiben der anderen Angeklagten, die in ihrer Wohnung die Münzstoffkisten dankbar gemacht haben, etwas gemerkt hat. Schließlich wurde auch der Stadtkassendirektor von Fürstenwalde, Dauber, freigesprochen.

Ein seltsamer Sport. 28 Hoteldiebstähle.

Einen etwas eigenartigen „Sport“ hatte sich der angehende Journalist Bernhard Riedorowicz ausgesucht. Er liebte die Gefahr und den damit verbundenen Reiz des Berufs eines Hoteldiebes. Nun mußte er die Wahrheit des alten Sprichwortes erkennen, nach welchem man in der Gefahr auch sehr leicht „umkommen“ kann und sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen 21 leichten und 7 schweren Diebstählen verantworten.

Der Angeklagte hatte sein dunkles Gewerbe recht lange nach alibemäßigem Mysterium ausüben können. Auf ihn als fahrgewandten und elegant gekleideten Gast nur erster Berliner Hotels fiel niemals ein Verdacht. Seiner Sicherheit im Aufsteigen waren selbst die Privatdetektive nicht gewachsen, die als Angestellte der großen Gasthäuser wegen der sich immer wiederholenden Diebstähle ganz besonders auf ihrem Posten zu sein glaubten. R. wußte die Gefährlichkeit seiner Opfer genau auszufundensuchen, war über die Art und Dauer ihrer Ausgänge so informiert, daß er in vielen Fällen mit ihren eigenen Schlüsseln die Zimmer öffnete und in aller Ruhe eine lohnende Auswahl unter den zurückgelassenen Gegenständen traf. Selbstverständlich befanden sich auch Dietriche und Nachschlüssel in seinem Besitz, die ihn in Fällen sofortigen Handtens erfolgreich unterstützten. So entwendete R. einer Dame, von der er wußte, daß sie sich nur für kurze Zeit entfernt haben konnte und trotzdem diese ihr Zimmer verschlossen und die Schlüssel an sich genommen hatte, Brillanten und andere Schmuckgegenstände von hohem Wert. Was die Bemeiselaufnahme weiter an unerschrockener Kühnheit und Geschicklichkeit dieses raffinierten Diebes zutage brachte, das stempelte ihn zu einem „Meister in seinem Fache“. Als sich schließlich die Anzeigen bei der Berliner Kriminalpolizei von Tag zu Tag häuften, wurde eine ständige Kontrolle aller Anmeldebücher vorgenommen. Hierdurch entdeckte man die Handschrift des Angeklagten als diejenige, die sich immer wieder in den betroffenen Hotels vorfand. R. wurde verhaftet und als guter Bekannter der Polizei, die über ihn ein statisches Register von 14 Vorstrafen besitzt, erkannt. Vor Gericht mußte nun auch das vornehmste und eleganteste Auftreten ebensoviele, wie die bestimmten Versicherungen, daß es nur eine unglückselige Leidenschaft sei, die ihn diesem „nerdentzählenden Sport“ in die Arme treibe. Der Angeklagte wurde zu 5 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. Außerdem wurde die Zufälligkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht ausgesprochen. — Wo alles in Allem — ein ziemlich „gefährlicher Sport“!

Radio-Frühkonzerte.

Um Amerika die Möglichkeit zu geben, Versuche mit Europaempfang anzustellen, werden in verschiedenen deutschen Sendern Sonderkonzerte stattfinden, und zwar morgens von 5 bis 6 Uhr. In Amerika ist für diese Zeit allgemeine Funkstille angeordnet, damit die amerikanischen Funkfreunde Gelegenheit haben, die deutschen Rundfunksender möglichst störungsfrei zu empfangen. Wie der „Fun“ meldet, werden sich an diesen Versuchen die deutschen Rundfunksender Hamburg, Leipzig, Dresden, Münster, Breslau und Stuttgart beteiligen. Die Berliner Funkstunde hat für diese Frühkonzerte wertvolle Programme zusammengestellt; es wirken die ersten Kräfte der Staatsoper mit. Die Berliner Konzerte werden verbreitet auf Welle 505 Meter und 576 Meter, sowie über Königsmusterhausen auf Welle 1300 Meter.

„Güterarbeiter.“

Vor kurzem hatten wir über Güterarbeiter berichtet, die auf dem Gute Blankenfelde entlassen worden und die gezwungen wurden, auch ihre Wohnungen zu räumen, trotzdem für sie keine anderen Arbeiter eingestellt wurden. Dazu teilt uns das Nachrichtenamt der Stadt Berlin folgendes mit: „Es ist richtig, daß am 27. November 1923 mehrere Schnitter (ein Ehepaar, ein Burche, vier Mädchen) auf dem Gute Blankenfelde ihre Kündigung zum 15. Dezember 1923 erhielten, weil die Arbeit für die Schnitter vollständig beendet war. Die Leute waren mit der Kündigung einverstanden, wollten Arbeit in Berlin nehmen und haben, über die Feiertage die Wohnungen benutzen zu dürfen. Sie erklärten, auf Beschäftigung keinen Anspruch zu machen, nur über die Feiertage wohnen zu dürfen. Das wurde genehmigt und die Schnitter blieben vom 15. Dezember 1923 bis 4. Januar 1924 in den Wohnungen. Verabredungsgemäß fuhr der Wagen am 4. Januar 1924 vor, die Schnitter luden selbst ihre Sachen auf und wurden damit ihrem Wunsch gemäß nach Berlin befördert. Da sie Wohnungen dort nicht hatten, übernahm sie das Obdach, von wo sie ihre neuen Stellen am nächsten Tage aufsuchen wollten. Die Entlassung der Schnitter (es waren Ausländer darunter) mußte den öffentlichen Bestimmungen entsprechend, unbedingt zum 15. Dezember 1923 erfolgen. Es ist unklar, daß die Schnitter mit Hab und Gut auf die Straße gesetzt worden seien. Sie gingen vielmehr freiwillig, was sie auch der Güterdirektion bestätigt haben.“

Unser Gewährsmann, der an dem genannten Tage Zeuge des Vorfalls war und der sich auch für die Leute verwandt hat, um ihnen zu helfen, erklärt, daß er aus den Gesprächen und aus der Beobachtung des Vorfalls zu der in unserem ersten Bericht wiedergegebenen Auffassung kommen mußte.

Junge gefaßt. Der Herr, der am 23. Dezember 1923, abends zwischen 7 und 7 1/2 Uhr, in der Frankfurter Allee zwischen Lützner und Mögliner Straße einen Mann vom Fahrrad nahm und ihn einem Polizeibeamten mit den Worten: „Der Mann ist vom Radbus gestürzt!“ übergab, wird um Angabe seiner Adresse gebeten an Witwe Frau H. Keitelstr., D 112, Reitenhofer Str. 13, a. 2 Tr. Aufzinsen werden erlegt.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 21. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30—5 Uhr nachm.: Volkstümliches. 6.40 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Professor Dr. H. Reck: „Die technischen Rohstoffquellen. Erden, Steine und Salze“. 7 Uhr abends: Otto Thiel, M. A. R.: „Die Gewerkschaften in der Volkswirtschaft“. 7.30 Uhr abends: Bekanntgabe des Programms ab 8 Uhr abends. 8 Uhr abends: Uebortragung der Veranstaltung der Nordischen Rundfunk A.-G. (Norag), Hamburg. „Lanzing-Gedenkstunde“. Anschlußband: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Spornnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Königswusterhausen, Donnerstag, den 21. Januar.

3—3.30 Uhr nachm.: Studienrat Friedel und Herr Mann: Englisch für Anfänger. 3.30—4 Uhr nachm.: Friedel und Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4—4.30 Uhr nachm.: Oberschullehrer Georg Wolf: Die Durchführung des Arbeitgedankens im Deutschunterricht. 4.30—5 Uhr nachm.: Frä. Dr. med. Tarnau: Die Frau als Aerztin.

Radan in Charlottenburg.

In der Charlottenburger Bezirksversammlung kam es gestern abend zu wüsten Radausagen. Die Kommunisten hatten die Tribünen durch ihre Anhänger besetzen lassen. Die Versuche die Verhandlungen durch laute Zwischenrufe zu stören, so daß der neu-gewählte Vorsteher Dr. Brix (Dem.) wiederholt einpreisen mußte. In vorgerückter Stunde wurde von der Fraktion der Mitte und den Bürgerlichen der Antrag gestellt, die Versammlung zu schließen. Diefem Antrag wurde von den Kommunisten widersprochen. Sie verlangten, daß unter allen Umständen noch Kapitel 5 des Stats beraten werden sollte, weil sie dazu eine Reihe Entwürfe eingereicht haben, die Sonderunterstützungen für die Arbeitslosen aus Vorbehaltsmitteln fordern. Nach endlosen Geschäftsordnungsdebatten stellten die Demokraten den Antrag, die Sitzung auf nächsten Mittwoch zu verlegen. Dieser wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Jetzt erhob sich ein minutenlang wüster Wärm auf den Tribünen. Der Vorsteher forderte lange vergeblich Räumung derselben, bis dann endlich, als Polizei erschien, die Besucher nach und nach das Haus verließen.

Die täglichen Glättensfälle. Wieder kamen am gestrigen Tage 12 Personen auf den verbleibenden Bürgerstreifen zu Fall und trugen schwere Verletzungen davon. Die Verletzte die zunächst auf den Berliner Rettungsstellen behandelt wurden, forateten in ihre Wohnungen entlassen werden. Ein besonders schwerer Fall ereignete sich vor dem Grundstück der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik in der Reichlinstraße in Charlottenburg. Hier stürzte die 62 Jahre alte Anna Funke und zog sich einen Schädelbruch zu. Die Schuld soll die Betriebsleitung der Firma treffen, da vor dem Grundstück gar nicht oder sehr mangelhaft abstumpfende Mittel gestreut waren. Ein weiterer schwerer Fall ereignete sich nachmittags am Potsdamer Platz. Hier stürzte ein Mann in den mittleren Jahren so unglücklich, daß er sich einen komplizierten Unterschenkelbruch zuzog. Ein Wagen des Städtischen Rettungsdienstes brachte den Verunglückten nach dem Elisabeth-Krankenhaus.

200 neue Fernsprechstellen in Berlin. Dem Rongel an öffentlichen Fernsprechstellen soll nun in etwas abgeholfen werden. Die Reichspost hat mit dem Magistrat einen Vertrag abgeschlossen, wonach der Post für die Errichtung von 200 neuen Fernsprechstellen der nötige Raum zur Verfügung gestellt werden soll. Die Zellen sollen in den Verkehrsgebäuden, Untergrundbahnhöfen usw., auch innerhalb städtischer Gebäude Platz finden. Mietszins oder sonstiger Abgaben soll die Reichspost auf die Stadt nicht zahlen, solange der Sprechtellenbetrieb nicht eine Benutzung von durchschnittlich 300 Reichsmark pro Stelle und Monat in drei aufeinanderfolgenden Monaten überschreitet. Zutreffendenfalls sind 5 Proz. der Bruttoeinnahme, soweit sie 300 Mark pro Stelle und Monat übersteigt, an die Stadt zu zahlen. Ein recht vorteilhafter Vertrag für die Reichspost. Immerhin wird man wünschen müssen, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Vertrag zustimmt, denn er kommt einem wirklichen Bedürfnis entgegen.

Der Projekt Holmann-Barkels wurde nach weiteren ins einzelne gehenden Jugendernehmungen auf Freitag vertagt. Der heutige Donnerstag bleibt zur Erhaltung des Patents verhandlungslos.

Weiterbericht vom Teichenheim „Stutenhaus“ (Thüringer Wald): Reizhner 30 Zentimeter, —8 Grad, harter Nebel, wolkenlos; für 21 sehr gut. — Am Sonntag, den 24. Januar, findet hier ein Erlebnis des Arbeiter-Tanz- und Sportbundes statt, an dem sich Interessenten nach betätigen können. Da von Berlin nach Oberhof am 22. Januar ein Sport-Tourenzug fährt, ist die Gelegenheit günstig. Von Oberhof ist das Teichenheim „Stutenhaus“ in 4 Stunden, von Seibitz in 3 1/2 Stunden und von Schmiedefeld (Umsteigen in Clara) in 1 Stunde zu erreichen. Wohn- und Verpflegungspreise sind ebenfalls besonders preiswert.

Mac Ramara — Horan Sieger im Sechstagerrennen. Rieger — Giorgetti zweites Pa. r.

Nach 145 Stunden wurden endlich 3604,640 Kilometer zurückgelegt. Die letzte Runde passierte vor müden Augen, vor abge-spannten Sinnen, die sich allgemach an den sechstagerrennenlosen Alltag zu gewöhnen schienen. Die neuen Fahrerpaare führten noch bis zum Schluß die gespannten Sehnen, aber einige zeigten Verbände und Wundpflaster nach den erlittenen Stürzen. Es war alles nicht mehr ganz munter und auch die auffrischenden Jurte der obersten Galerie tonnen Stimmung und Tempo nicht sonnerlich befehen. Die Kränze standen läubertlich aufgereiht und die Prekate an Schokolade, Wein und anderen Genüssen wiesen lodernd auf das nahe Ende. Als dann in der überheizten, raucherfüllten Halle die letzten Minuten der 145. Stunde sich anfüchtigten und der Sieg Mac Ramara-Horan sicher schien, atmete alles erleichtert auf — einige von der Sportgemeinde mit Besoff. Die Entleerung der richtigen Halle geht unter den aufgeregten Gemütern nicht ganz reibungslos vor sich. Jedoch vor Mitternacht war alles glücklich zu Ende.

Die entscheidende Schlusswertung wurde pünktlich 10 Uhr abends begonnen. Das überfüllte Haus verfolgte mit starkem Interesse das Fahren der einzelnen Mannschaften, hier und da erregte Zwischenrufe ins Feld hineinwerfend, die sich oft orkanartig steigerten. Bald gibt es einen großen Stundal. Ein wüstes Gellen und Pfeifen durchzittert die Halle: Das Fahren der belgischen Mannschaft Dewolf-Stockelund erscheint dem Publikum nicht mehr einwandfrei und das mit Recht! Wagen 3, die Amerikaner im Rennen, so übernahm Dewolf oder Stockelund die Führung. Einer der Amerikaner bemühte sich dann, das Hinterrad des Belgiers zu bekommen und wenn er es glücklich erreicht hätte und der Spurt seinem Ende zuging, schlug sich der Belgier seitwärts und überließ dem Amerikaner mühelos den Sieg. Dieses Spiel wiederholte sich einige Male und rief immer mehr den lauten berechtigten Protest der Sportgemeinde hervor.

Aber auch die deutschen Fahrer wußten jetzt, worum es ging und handelten danach. Die an zweiter Stelle liegenden Rieger-Giorgetti konnten dann auch mehrere wichtige Spurts an sich bringen. Im Verlauf der Wertung gelang es dann noch der Mannschaft Woeller-Bewanow noch eine der Ver-suchsrunden unter lebhafter Klammation des Hauses zurückzugewinnen. Mehrere Schiffe zeigen den Schluß der Wertung an: Mac Ramara-Horan sind mit ihrem 544 Punkten die Sieger. Das moralische Siegerpaar Rieger-Giorgetti folgt mit 509 Punkten an zweiter Stelle. An dritter Stelle dominierten Woeller-Bewanow mit 208 Punkten vor Jahn-Tich mit 197 Punkten. Fünftler Lonani-Sawall 179 Punkte. Eine Runde zurück: Schiffer Dewolf-Stockelund 330, Seibenter Perjan-Bandenhose 231, Uchter Bauer-Gottfried 213, Reumter Lorenz-Kruppat 107 Punkte.

Dann schickte Lodewald zuerst die Sieger, die Amerikaner, auf die Ehrenrunde. Als das mutige Paar Rieger-Giorgetti das Daql befahten, erhebt sich ein orkanartiger Beifallssturm, der nicht enden will. Noch einmal müssen die beiden klaren Fahrer die Bahn umkreisen. Als Dewolf-Stockelund ihre Ehrenrunde absolvieren wollten, wurden sie mit Pfeifen, Brüllen und Schieberufen, worin sich auch viele Beifallsstundgebungen mischten, überschüttet. Bald sind die Ehrenrunden erledigt. Als letztes Paar beschließt die Mannschaft Lorenz-Kruppat den Reigen.

Weiterbericht der öffentlichen Wettedienststelle für Berlin. (Nachdr. betr.) Zunächst froh, erst später Temperatur um Null, zeitweilig aufleuchtend, keine neunennente Niederschläge. — Ihr Deutschland. Da Welt- und Süd-deutlich Temperatur wenig über Null, in Mittel- und Ostdeutschland zunächst noch froh, erst später Temperaturen um Null. Keine härteren Niederschläge, zeitweilig aufleuchtend.

Bootsmann Uhl.

Von Hans Blund-Didemaren.
(Schluß.)

Wer weiß nicht von den Stürmen am Kap Horn, die wie Wermölfe sind, als müßten Meer und Himmel vergehen vor ihrem brausenden Atem? Die die schweren Wolkenleiber jagen, daß sie sich zerrissen und kreischend über den Himmel wälzen und in die Fluten fallen, daß die Bogen wie schneue Rubel Wind über die Fläche springen, alles niederwerfen in ihrer Todesangst und Menschen und Menschenwerk erdrücken auf ihrer Flucht.

Als Kapitän Breckwolds Schiff, das die zwölfte Reise um Feuerland machte, im siebenten Tag gegen den Sturm stand, brach der Befehl: es war die erste Havarie, die das Schiff machte, aber sie war unglücklich, weil das Holz gegen den Großmast geschlagen war und sein Segel zerriss, weil das Gefüge in den Lauen mit jeder Bewegung des Schiffes über das Deck schlingerte.

Einer der Jungen wurde vom niedergehenden Baum getroffen und von einer Welle über Bord getragen. Ein Mann, der ihm zu Hilfe eilen wollte, wurde von den schlagenden Ragen aufgehoben und dreimal hoch durch die Luft geschleudert.

Die Leute lagen in Großmast, versuchten, ihn freizubekommen und arbeiteten mit Messern und Beilen wohl eine halbe Stunde. Der Kapitän stand auf der Brücke, gab ruhig einen Befehl nach dem anderen und versuchte, das schlingende Schiff gegen den Sturm zu halten. Jan Uhl hatte das Steuerruder, starrte mit festverbissenem Mund über die graue dämmernde Dämung und dachte an den Jung, den der Sturm über Bord gerissen hatte. War ein frischer, starker Bursche gewesen, den er gern gehabt hatte, war wohl ähnlich so gewesen, wie er selbst vor langer, langer Zeit. — Jan Uhl wußte nicht mehr, wie lange es her war.

Hätte der Jung das Wort gehabt, das hätte wohl geholfen, dann hätte er nicht sterben brauchen. —

Der alte Seemann riefte sich plötzlich hoch auf. Irgendwoher war ein Schrei gekommen, ein verzweifelter, schwirrender Schrei. Einen Augenblick wandte er den Kopf. — Da sah er die junge Frau des Kapitäns hinten am Eingang des Deckaufbaues. Sie war wohl ängstlich gemorben, allein in der Kajüte zu sein, stand in der Dürre und wußte sich nicht zu halten gegen das eindringende Wasser. Der Bootsman starrte sinnlos hinüber. Zurück, dachte er, mein Gott, geh zurück. Deern! Der nächste Brecher konnte sie niederreißen oder ein unglücklicher Schlag der in den Lauen hängenden Ragen. Er taumelte plötzlich, irgendetwas flog in der Gurgel auf, als müßte er erstickt.

Der Steuermann, der neben ihm stand, sprang hinzu, griff stuchend ins Rad und schrie ihn an. Der Kapitän packte Jan Uhl von hinten und rief ihn zurück. Da merkte der Bootsman, daß er das Ruder hatte fahren lassen, brüllte wie ein Tier und sprang plötzlich in großen Schüben über die Reeling der Brücke an Deck, quer durch das überströmende Wasser. Der Kapitän blinnte ihm nach, sah sich sein Weib, begriff, was Jan Uhl vor hatte, und stöhnte leise vor sich hin, als betete er. Der Steuermann, der sich nicht umfah, glaubte, daß beide irtümlich gemorben seien in der Not, schob seinen Kapitän beiseite und führte an seiner statt das Schiff.

Jan Uhl war zu dem gebrochenen Mast gekommen. Eine See warf ihn nieder, aber er klammerte sich an, und als das Wasser versiel, stand er auf wie aus einem Grab. Dann lief er mitten durch schlagendes Geflüge und Trümmer, als berührten sie ihn nicht, wurde zweimal wiedergeworfen und stand doch wieder auf wie ein Kind, das fällt. Dann war er vor dem Kapitäneneingang, hob die Frau auf und wollte sie in die Dürre tragen. Aber die war wohl vorläufigen. Er wandte sich plötzlich und begann noch einmal den fortsetzbaren Weg mitten durch die schlagenden, segnenden Trümmer.

Der Kapitän fühlte, wie sein Herz still stehen wollte. Einmal sah er deutlich, daß eine Raube hart gegen Jan Uhl schlug, als müßte sie ihn zerreißen, aber der ging ungebeugt vorwärts, wie in einem Wunder. Da fiel ihm ein, wie die anderen von dem Alten sagten: daß Jan Uhl nicht sterben könnte. Er sah mit sinnlosen Augen über die lagenden Wasser und fühlte, daß er in diesem Augenblick so fest an des Bootsmanns Wort glaubte, wie an das Evangelium.

Dann stand der Alte vor ihm. Das Blut rann ihm aus Brust und Leib, die junge Frau sprang von seinen Armen, totentleib, aber unverletzt.

Der Kapitän vergaß, sich nach ihr umzusehen. Er starrte den Jan Uhl an wie einen, der von den Toten kommt, sah, daß sein Leib von Wunden starrte und fühlte, wie ihn ein unstmühes Gefühl frostete in die Knie froh.

„Du kommst nicht sterben, Jan Uhl?“
„Ne, Keppen!“ Jan Uhl lehnte sich plötzlich an die Reeling, als taumelte er.

„Ist hin man'n beten müd, Keppen!“
Er sank plötzlich im Geflüge nieder. Das Blut brach aus allen Wunden, als hätte es verhalten müssen bis dahin. Dann kam es noch einmal mit heiserer, sterbender Stimme:
„Ist will slapen, Keppen, man'n Ogenblick slapen!“

Ein Doppeljubiläum wissenschaftlicher Revolutionstheorien.

Von Dr. Rudolf Zämmel.

Die Jahrhundertwende hat die Entstehung zweier merkwürdiger und weittragender Theorien gestattet, deren univervelle Bedeutung wir erst heute, ein Vierteljahrhundert nachher, würdigen können. Der holländische Botaniker Hugo de Vries stellte die Mutationstheorie auf, und der deutsche Physiker Max Planck erlangte die Quantentheorie. Beide Anschauungen seien der damals und vielleicht noch heute herrschenden Schöpfung einer langsame Entwicklung, die aus lauter unendlich kleinen Veränderungen aufgebaut ist, zuwider.

Hugo de Vries kam nach jahrelangen Versuchen an Pflanzen dazu, die Entstehung der Arten durch sprunghafte Veränderung der Eigenschaften, z. B. der Größe und des Gewichts, anzunehmen. Er ging dabei teilweise von philosophischen Erwägungen aus, sondern stützte sich auf Beobachtungen und richtige Auslegung der Erfahrungen anderer Forscher. Der erste Forscher, der den Gedanken der „diskontinuierlichen Entwicklung“ klar formuliert hat, war der Belgier Dofko (1863). Er sprach den Satz aus: „L'évolution est discontinue“, d. h. „die Entwicklung ist sprunghaft“. De Vries schuf aus diesem Gedanken eine neue Lehre, die er durch zahlreiche Versuche in seinen großen Gewächshäusern zu Amsterdam ausbaute. Der Mutationsgedanke ist ein sehr reichhaltiger Standpunkt, der nicht nur für die Entwicklung von Pflanzen und Tieren gilt, sondern offenbar auch für die Gesehichte und für die persönliche Entwicklung eines Individuums seine Bedeutung hat.



Der tote Punkt ist überwunden.
Man liegt schon in den letzten Kunden.
Die Post geht ab. Herr Luther fährt.
Herr Stresemann wird schon massiert,
Der hier, nach altem Sportsprinzip
Nach dunklen Punkten Sieger blieb.
Auch Gessler weiß den Platz zu halten.

Es stürzen noch ein paar Gestalten,
Herr Koch ging kurz vorm Ziel in Trümmer.
Sonst liegt das Feld noch so wie immer.
Ganz hinten bleibt man bloß in Übung.
Und wartet auf die nächste Schiedung.
Was sonst von allem übrig blieb:
Ein oberfauler Sportsbetrieb!

Vor der Mutationstheorie galt es als ausgemacht, daß die verschiedenen Arten im Tierreich wie in der Pflanzenwelt dadurch entstanden sind, daß aus einer Urform — einem einzelnen Wesen — nacheinander, durch unmerkliche Uebergänge alle höheren Formen entstanden sind. Gegen diese Anschauung sind vielerlei Einwände erhoben worden. Der bedeutende englische Naturforscher Bateson wies darauf hin, daß ja die verschiedenen Arten selbst eine diskontinuierliche Kette bilden, keine kontinuierliche; daß daher zu vermuten sei, daß die Veränderungen selbst, die Arten erzeugen, nicht stetig, sondern sprunghaft seien. Der als Vererbungstheoretiker berühmt gewordene Galton bringt das schöne Bild vom rollenden Folger im Vergleich mit der rollenden Kugel; die letztere ist ein Bild für stetige Entwicklung, während die Kugel wie ein Polkeder (z. B. ein Würfel oder ein Dieder) auf einer Ebene torzelt, die diskontinuierliche Entwicklung wiedergibt.

„Neue Arten entstehen plötzlich, ohne Uebergänge.“ Dies ist in wenig Worten der Inhalt der Mutationstheorie von de Vries. Als ich den Gelehrten 1910 in Amsterdam aufsuchte, zeigte er mir die von ihm gefundenen verschiedenen Sorten der Oenothera (Nachterzle). Diese Pflanzen unterscheiden sich vor allem durch ihre verschiedene Größe. Wir haben heute noch keinen Einblick in die Ursachen der Mutationsbildung. Aber der Anblick der nebeneinanderstehenden Pflanzen, von jeder Art ein Beet voll, ist sehr interessant. Man hat das Gefühl, daß die unscheinbaren Amsterdamer Blumenbeete ein neues Zeitalter der Forschung eröffnen. De Vries meint, daß es nur gelegentlich wirksame Ursachen seien, die Mutationen hervorbringen. Aus seiner Bemerkung „Die meisten Arten unserer Gegend befinden sich jetzt in einer immutablen Periode“ kann man entnehmen, daß der Altimeliter der Botanik wohl hauptsächlich an solche Kräfte als erbildenden Mächten denkt, die mit der Zeit und mit dem Ort wechseln, wie Klima, magnetische Einflüsse, elektrische Kräfte. Aber auch die „immanenten“, d. h. eingepprägten Kräfte, die dem eigenen Geiste der Pflanze entsprechen, drücken sich, wie de Vries meint, periodisch durch Entstehung von Mutationen aus.

Ueberträgt man den Mutationsgedanken auf die Gesehichte, so findet man: nicht langsame, stetige Entwicklung, sondern sprunghafte, wüßtiges Fortschreiten ist der Lebewelt eigen. Freilich sind die „Sprünge“ hierbei nicht notwendig als große Umwälzungen zu denken, denn nicht die absolute Größe macht das Wesen der Mutation aus, sondern nur die Tatsache, daß es sich nicht um unendlich viele unendlich kleine Veränderungen handelt, vielmehr um endlich viele Umwälzungen von endlicher Größe. Es kommt also nur auf den Maßstab an, mit dem man betrachtet und nicht, ob man einen Vorgang schließlich als Evolution (langsame Entwicklung) oder als Revolution denkt. Das ist wichtig zu wissen, sonst entstehen hierbei betrübliche Irrtümer. . . . Die Lehren der jüngsten Vergangenheit sind danach anzuordnen, diese Anschauung vollanz zu bestätigen. Ebenso läßt sich der Gedanke auf die Entwicklung eines Einzelwesens anwenden, dessen Werdegang ebenfalls im Verlauf vieler aufeinanderfolgender Zustände besteht. Auch hier sind die mehr oder minder großen „Sprünge“ zu beobachten, solange noch Entwicklung stattfindet, also namentlich im Kindesalter.

Die philosophische Bewertung des Gedankens führt zu eigenartigen Ueberlegungen. Nimmt man zunächst an, daß die Kräfte, die zu Mutationen führen, an sich stetig veränderlich seien, so kann folgendes Bild den Zusammenhang „Ursache — Wirkung“ beschreiben: aus einem Wasserhaufen fließt ständig Wasser in ein darunter befindliches Gefäß. Dieses füllt per bestimmter Füllanz un- und entleert seinen Inhalt in ein zweites darunter befindliches Gefäß, das beispielsweise bei zweimaliger solcher Füllanz wieder füllt und seinen Inhalt in ein drittes darunter befindliches Gefäß entleert. So

kann man einen Teil des Geschehens als diskontinuierlich, einen anderen aber als stetig auffassen. Fragt man aber nach der wahren Natur der Ursachen oder Kräfte, so kann ihr Wesen schließlich in nichts anderem gesucht werden als ebenfalls in Veränderungen; die Ursachen können nichts Wesensverschiedenes sein von den Folgen! Daher ist der Gehalt der Unstetigkeit als allgemeingültig anzusehen. Auch das Anschwellen der Ursachen, das Wachsen der Kräfte ist ebenso unstetig wie die hervorgerufenden Veränderungen es sind.

Im Jahre 1901 fand Max Planck, daß sich die Strahlungserscheinungen am besten erklären ließen, wenn man annimmt, daß die Energie stufenweise abgegeben wird. Während bis dahin die Energie als stetig veränderliche Größe galt, wurde sie durch die fähige Annahme ihres metapophysischen Charakters erschüttert. Das bedeutet, daß man die „Energie“ genau so wie die „Materie“ als etwas auffaßt, das aus zahlreichen, zwar sehr kleinen, aber doch endlichen Teilen, „Quanten“, aufgebaut ist. Alle Veränderungen können vom rein physikalischen Standpunkt aus als Energie-Veränderungen betrachtet werden. Wenn nun diese Veränderungen „Sprünge“ sind, so tritt an die Stelle des wahren Satzes: „Alles fließt“ die Erkenntnis: „Alles springt“.

Hugo de Vries und Max Planck leben beide noch, hochbetagt und hoch in Ehren stehend. Die Mutationstheorie und die Quantentheorie gehören zu den wichtigsten Geisteserschöpfungen des modernen Menschen und sie sind bestimmend für die Forschung der nächsten Jahrzehnte. Ein Vierteljahrhundert ist wenig für eine Theorie des Werdens — beide Anschauungen sind noch in feierlicher Entwicklung und voll dunkler Fragen.

Unser Temperatursinn. Die Empfindungen, die bei der Reizung der Haut durch Wärme oder Kälte hervorgerufen werden, vermitteln uns der Temperatursinn, über den S. Kupper in Leipzig „Illustrierte Zeitung“ interessante Angaben macht. Wir haben streng genommen zwei Temperatursinne, denn die Kälte- und die Wärmeempfindung sind von einander zu unterscheiden. Wir können nicht mit jeder Hautstelle Kälte und Wärme wahrnehmen, sondern auf der Haut befinden sich gewisse „Kältepunkte“, deren Reizung nur Kälte bewirkt, und „Wärmepunkte“, von denen die Wärmeempfindung ausgeht. Wärme- und Kältepunkte fallen niemals zusammen; ihre Verteilung auf der Haut ist sehr ungleichmäßig; sie liegen meist in Gruppen zusammen, zwischen denen größere Wälder sind. Durch neuere genaue Untersuchungen hat man festgestellt, daß unsere Haut mehr Kälte- als Wärmepunkte besitzt. Im Quadratcentimeter Haut befinden sich durchschnittlich 13 Kältepunkte, aber nur 1 bis 2 Wärmepunkte. Die Gesamtzahl der Kältepunkte wird für die gesamte Körperoberfläche mit 250000 angegeben, die der Wärmepunkte nur mit 30000. Werden diese Punkte auf andere Weise gereizt, z. B. durch elektrische oder mechanische Reize, so antworten sie stets nur mit Kälte- und Wärmeempfindungen. Die Kältepunkte reagieren auch auf Temperaturen von 45 Grad Wärme und darüber, vermitteln dann aber auch eine Kälteempfindung, die „paradoxe Kälteempfindung“ genannt wird. Wirken Temperaturen von mehr als 45 Grad Wärme auf eine größere Hautfläche ein, so werden Wärme- und Kältepunkte gleichzeitig gereizt, und es entsteht die gesteigerte Empfindung, die wir als „heiß“ bezeichnen. Unsere jeweilige Temperaturempfindung ist in sehr hohem Maße von der vorhergehenden abhängig. Taucht man z. B. die Fingerspitzen der rechten Hand in Wasser von 25 Grad, die der linken in Wasser von 35 Grad und dann beide Hände in 30 Grad warmes Wasser, so verspürt zuerst die rechte Hand die Empfindung „warm“, die linke dagegen die Empfindung „kalt“.

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung?

Zur Krise am Arbeitsmarkt.

In überaus raschem Tempo hat die Wirtschaftskrise um sich gegriffen. Seit dem Monat August a. J. bis heute, also innerhalb von sechs Monaten, dürfte sich die Zahl der unterhöchsten Erwerbslosen in Deutschland etwa verzehnfacht haben. Und immer noch wirkt die Krise weiter. Immer neue Massen von Arbeitswilligen sinken in Not und Elend, weil sie keine Beschäftigung finden. Die Ursachen der Krise gehen zurück bis in die Kriegs- und Inflationszeit. Was an Fehlern gemacht werden konnte, um sie hinauszuwischen und sie zu verschärfen, anstatt ihr vorzubeugen, das ist von den staatlichen Organen unter dem maßgebenden Einfluß der Unternehmerverbände getan worden: angefangen von einer schematischen und darum für die noch gut arbeitenden Betriebe schädlichen Verteilung der Kredite und einer sinn- und zwecklosen Zuzwendung staatlicher Mittel an bankrotte Privatbetriebe bis zu jener verfehlten Schutzpolitik, die ebenfalls die Krisenkeime geradezu hochzüchtete, anstatt sie rechtzeitig abzutöten. Man wußte, daß die Krise kommen würde. Aber erst heute beraten die zuständigen Parlamente über die Einleitung einer großen Enquete über Deutschlands Produktions- und Absatzbedingungen. Eine planvolle Wirtschaftspolitik hätte diese Enquete zur Voraussetzung für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Reiches gemacht. Eine solche Untersuchung hätte erfolgen müssen, ehe die Ruhrindustrie ihre 700 Millionen und andere Gewerbezweige andere Unterstellungen schlugen, ehe in der Zollpolitik eine Entscheidung gefällt wurde, und ehe man jene zerfahrenen Verhältnisse am deutschen Geldmarkt einziehen ließ, gegen die erst jetzt die Reichsbank entschieden vorgehen muß.

Das maßlose Anschwellen der Arbeitslosenziffer aber zeigt, daß auf einem Gebiete die Politik der Regierung vollkommen versagt hat, auf dem sie durch ein eigenes Ministerium besonders stark zu wirken in der Lage ist. Dieses Gebiet ist der deutsche Arbeitsmarkt. Es trifft sich gut, daß gerade jetzt ein bekannter Mitarbeiter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Berger, in einem kleinen Band der Völkchen-Sammlung unter dem Titel „Arbeitsmarktpolitik“ eine kritische und systematische Darstellung der im In- und Ausland getroffenen Maßnahmen zur Beeinflussung des Arbeitsmarktes herausgegeben hat und dabei das umfassende Gebiet der Arbeitsnachweise, der Erwerbslosenunterstützung und aller direkt oder indirekt damit zusammenhängenden Maßnahmen beleuchtet. Hier kommt nicht nur die soziale, sondern auch die wirtschaftliche Seite der Frage zur Geltung. Das Buch, das durch die gegenwärtige Krise eine nicht gerade erfreuliche Aktualität bekommen hat, befaßt sich auch in einem Kapitel mit der sogenannten Arbeitsverteilung, d. h. mit den Maßnahmen, die

Der Staat als Auftraggeber

zur Beeinflussung der Wirtschaft treffen kann. Wir lassen den wichtigsten Teil des Kapitels hier folgen, weil er mit seinen absolut sachlichen Feststellungen heute geradezu eine Anklage gegen die verantwortlichen Organe darstellt, die fast gar nichts getan haben, um der Krise am Arbeitsmarkt mit den verfügbaren Mitteln entgegenzuwirken. Berger schreibt:

Das Maß der Arbeitsbeschaffung bestimmt sich jeweils nach dem Maß der wirtschaftlichen Tätigkeit. Dieses Maß ist erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Es kann sich unter Umständen außerordentlich steigern, so zwar, daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen, um die sich bietende Arbeitsbeschaffung auszunutzen. Es kann sich umgekehrt verringern, wenn Krisen den Produktionsprozeß einengen. Frühzeitig schon ist der Gedanke aufgetaucht, eine größere Gleichmäßigkeit des Produktionsprozesses herbeizuführen. Dieser Gedanke hat nicht nur in dem Weinungsstreit zwischen sozialistischer und individualistischer Wirtschaftsauffassung eine Rolle gespielt, sondern auch innerhalb der geltenden Wirtschaftsordnung ist er mannigfach erörtert worden. Man hat als wünschenswert bezeichnet, durch örtlichen und noch mehr durch zeitlichen Ausgleich der Wirtschaftstätigkeit eine gleichmäßigere Gütererzeugung, größere Stabilität der Preise, dauernde, weniger durch Schwankungen gestörte Arbeitsbeschaffung zu schaffen.

Unter den Bestrebungen in dieser Richtung lassen sich zwei Gruppen unterscheiden. Die eine befaßt sich mit der wirtschaftlichen Nachbesserung, die dem Staat und den öffentlichen Körperschaften überhaupt als Auftraggeber in der Wirtschaft zukommt. Die andere Gruppe will einen Ausgleich der örtlichen und zeitlichen Schwankungen der Wirtschaftskontinuität und des Arbeitsmarktes auf noch breiterer Grundlage herbeiführen, indem sie von der Seite des Kapitals bzw. des Kredits her regulierend auf das jeweilige Maß der wirtschaftlichen Tätigkeit überhaupt einwirkt.

Der Staat als Arbeitgeber und Verbraucher.

Die erste Gruppe geht von einem sehr realen Faktor aus. Der Staat und überhaupt die öffentlichen Körperschaften zählen zu den größten Arbeitgebern. Die von ihnen unmittelbar gebotene Arbeitsbeschaffung hat denn auch in Zeiten gehäufter Arbeitslosigkeit, z. B. während der Demobilisierung, den Arbeitsmarkt wesentlich zu entlasten können, indem sie zeitweise Personal über den engeren Bedarf hinaus ausnahmten. Bisher ist noch größer aber ist die mittelbare Bedeutung der öffentlichen Körperschaften für den Arbeitsmarkt, die sich aus deren Sachbedarf ergibt. Neben der Sachverforgung des Personals (Dienstbekleidung) und dem Bureaubedarf verschiedenster Art benötigen die öffentlichen Körperschaften Baumaterialien aller Sorten, Betriebsstoffe (Kohle, Öl, Gas, Holz, etc.), Maschinen usw. Der Hinweis auf die großen Beschaffungserlöse des Reiches: Reichswirtschaftsministerium, Reichspostministerium und Reichsverkehrsministerium, mit der — freilich jetzt ein Rechtsgeldbesitzer besonderer Art darstellenden — Reichsbahn möge diesen Bedarf erläutern. Er wiederholt sich in den mannigfachen Formen in fast allen Stufen der öffentlichen Gemeinwesen und spielt eine besonders große Rolle bei der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Wie groß ist der Bedarf des Staates an Sachgütern?

Nimmt man den Sachbedarf der sämtlichen öffentlichen Körperschaften Deutschlands mit Einschluß der Reichsbahn auf jährlich 4 Milliarden Reichsmark an und unterstellt, daß zwei Drittel dieser Summe unmittelbar oder mittelbar sich als Arbeitslohn auswirken, so bedeutet das eine Lohnsumme von 2,7 Milliarden und — bei einem durchschnittlichen Lohnsatz von 50—60 Pf. für die Arbeitsstunden — etwa 5 Milliarden Arbeitsstunden oder 600 Millionen Tagewerte. Diese 600 Millionen Tagewerte würden mindestens den zehnten Teil der vom deutschen Volk überhaupt geleisteten Arbeitsleistung darstellen.

Das „Ausgleichsgewicht“.

Dem Arbeitsmarkt stände also ein Ausgleichsgewicht in Höhe von 10 Proz. zur Verfügung, wenn es möglich wäre, die Aufträge der öffentlichen Körperschaften nach Gesichtspunkten der Arbeitsmarktlage örtlich und zeitlich zu verteilen. Es liegt auf der Hand, daß diese Möglichkeit nur in beschränktem Umfang bestehen kann. Zunächst sind die Aufträge ihrem Gegenstand nach durch die Art des Bedarfs bedingt, sie sind zum Teil — z. B. Bauten — örtlich gebunden. Für eine Reihe von Lieferungen wird außerdem Bindung an bestimmte, allein im Besitz der erforderlichen Produktionsvorrichtungen — Patente usw. — stehende Lieferanten vorliegen. Eine zeitliche Bindung wird in gewissem Umfang gegeben sein durch die klimatischen Verhältnisse, jedoch durch den zeitlichen Verlauf des Bedarfs und der Gestaltung der hauswirtschaftlichen Vorschriften, die regelmäßig die Verwendung der Mittel an bestimmte Zeiträume binden.

Der Ressortpartikularismus als Hindernis.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß eine zentrale Vergewaltigung für die Aufträge tatsächlich nicht besteht. Selbst die Beschaffungen für das Reich erfolgen getrennt nach Ressorts, innerhalb deren wieder nur ein Teil der Aufträge von der obersten Stelle unmittelbar, andere aber von den nachgeordneten Behörden erteilt werden. Entsprechendes gilt von den Aufträgen der Länder und Gemeinden. Ein Zusammenwirken all dieser beschaffenden Stellen herbeizuführen, ist natürlich sehr schwierig, weil jede für sich allein die Verantwortung für die zweckentsprechende Durchführung ihrer Aufträge zu tragen hat. Dabei werden in aller Regel betriebswirtschaftliche, finanzielle, örtliche Rücksichten eine größere Rolle spielen als solche auf den Arbeitsmarkt. Insbesondere eine finanziell bedingende Regelung der Aufträge soll nach einer weitverbreiteten Meinung nur dadurch möglich sein, daß im Wege der öffentlichen Ausschreibung möglichst billige Angebote erreicht werden.

Gewiß haben alle diese Bedenken ihre Berechtigung. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu übersehen, daß eine gewisse Anspannung an den Arbeitsmarkt auch für die übergehenden Stellen finanzieller und unter Umständen auch technischer Vorteile bringen kann. In vielen Fällen werden schwachbeschäftigte Betriebe in Gegenden mit großer Arbeitslosigkeit und demgemäß geringeren Löhnen billiger liefern können als stark beschäftigte Betriebe. Noch wichtiger wird es sein, daß die öffentlichen Aufträge nicht gerade in Zeiten der Hochkonjunktur vergeben werden, in denen Preise, Löhne usw. am höchsten liegen und Zeitaufwand und Sorgfalt für die Ausführung beschränkt sind. Auch wird die Tatsache, daß der Auftraggeber gegebenenfalls an anderer Stelle und zu anderer Zeit kaufen wird, für den bisherigen Lieferanten ein Ansporn sein, seine Preise bescheiden anzusetzen, um im Geschäft zu bleiben.

Man wird insgesamt zu dem Ergebnis kommen, daß die Möglichkeit, die öffentlichen Aufträge ohne technische und wirtschaftliche Nachteile als Ausgleichsgewicht für den Arbeitsmarkt zu benutzen, immerhin besteht, freilich nicht gleichmäßig für Aufträge jeder Art.

Was ist nun geschehen?

Soweit Berger, den wir wörtlich, bis auf einige redaktionelle Hervorhebungen, zitiert haben, was ist nun seit August vorigen Jahres geschehen? Die Reichsbahn versagt als Auftraggeber vollständig, abgesehen sie auf längere Sicht hin für die Elektrifizierung großer Strecken einen großen Sachbedarf hat. Der Straßen- und Begebau liegt seit Jahr und Tag im argen. Der Wohnungsbau und die Siedlungstätigkeit lassen nach jeder Richtung zu wünschen übrig. Die laufenden Einnahmen der öffentlichen Körperschaften werden in wachsendem Maße von der Verwaltungstätigkeit aufgezehrt — wo aber eine Gemeinde den Mut findet, zur Verbilligung zukünftiger Produktion ihre Anlagen auszubauen, da wird sie bei der Aufnahme von Auslandsanleihen unter die Vormundschaft der Beratungskommission gestellt. Sollte man in großzügiger Weise versuchen, den schon jetzt angeammelten, zum Teil durch die Folgen des Krieges und der Inflation noch verstärkten Bedarf der öffentlichen Körperschaften zu organisieren und gerade jetzt in Zeiten der Krise die Befriedigung dieses Bedarfs durchzusetzen, so könnte manches rentable Werk angepinnt werden, seinen Betrieb nicht nur in Gang zu halten, sondern ihn auch zu verbessern und seine Produktionskosten herabzusetzen. Es könnte dadurch auch in die Lage kommen, einen großen Teil der jetzt von ihrer Arbeit ausgesparten Belegschaften zu beschäftigen. Das dem nicht so ist, daß kaum die dringendsten Notstandsarbeiten in Fluß kommen wollen, daran trägt nicht nur die Regierung schuld; noch mehr sind es jene Industriellen, die den öffentlichen Aufwand auch für produktive Zwecke dauernd zu beschneiden trachten und so die Produktion um ausgiebige sozial und wirtschaftlich zweckmäßige Beschäftigungsmöglichkeiten bringen. Mit diesem System wird endlich einmal Schluss gemacht werden, an Stelle planloser Auftragsverteilung muß eine planmäßige Arbeitsbeschaffung treten. Dazu ist das Vorgehen Bergers in seinen oben zitierten Ausführungen eine eindringliche Mahnung. Nichts ist wichtiger, als heute an die noch Arbeitenden die Forderung nach Mehrarbeit zu richten, wenn die Sachwalter der Wirtschaftspolitik sich außerstande erklären, die Arbeit den Arbeitsuchenden zu erschließen, die soziales auf der Straße liegt.

Reichsbank / Geldmarkt / Diskontermäßigung.

Dem ersten Reichsbankbericht nach der Diskontermäßigung mißte man mit einem besonderen Interesse entgegenzusehen. Diskontermäßigungen regen die Kreditnachfrage an. Mit billigeren Wechselzinsen sinken die Speeren der Produktion. Diese Anregung ist auch der Zweck der Herabsetzung. Die diesmalige Herabsetzung ließ eine besonders verstärkte Nachfrage erwarten. Sie traf nämlich mit einer Forderung der Rationalisierungsvorschläge zusammen.

Trifft man daraufhin den Reichsbankbericht vom 15. Januar, so ist man erstaunt. Wenn in dieser Wochenbilanz auch nur vier Tage lang zu dem neuen Satz von 8 Proz. diskontiert worden ist, so ist der Rückgang des Bestands an Inlandswechseln gegenüber dem 7. Januar um über 200 Millionen Mark doch sehr auffallend (1537 gegen 1738 Millionen); am 31. Dezember 1915 ruffenfallend. Das ist ein Wechselbestand, der noch um 30 Millionen hinter dem von Mitte Dezember zurückbleibt und nur um 90 Millionen den von Mitte November übersteigt. Wechselbestände, die noch in der Zeit schärferer Rationalisierung und höherer Diskonts lagen. Die Anregung der Kreditnachfrage ist also ausgeblieben und man darf daraus schließen, daß die Auswirkungen der Wirtschaftskrise härter sind als der Reiz zur Geschäftserweiterung, der in der Herabsetzung des Diskonts und der Forderung der Rationalisierung lag.

Ein Blick auf den Markt der Privatskonten dürfte allerdings den Widerspruch zwischen der rückgängigen Inanspruchnahme der Reichsbank und der Diskontermäßigung lösen. Ein riesenhaftes Angebot von flüssigen Geldern und von keiner Seite irgendwelche Lust, Wechsel mit der eigenen Unterschrift zur Verfügung zu stellen, um den Geldern zur Anlage zu verhelfen. So stürzte der Zinssatz für Privatskonten schon vor der Diskontermäßigung zweimal: am 4. von 6% auf 5%, am 5. von 5% auf 4%. Wir haben mehrfach auf die schwere Vertrauenskrise zwischen den großen Bank- und Industriefirmen hingewiesen, die die Ursache des Bestandes des Privatskontenmarktes ist. Die Diskontermäßigung der Reichsbank hat daran nichts gebessert. Im Gegenteil. Am 19. ist der Privatsatz für erste Wechsel auf 6% und am Tage darauf auf 6 1/2 Proz. herabgesetzt worden. Aber selbst zu diesem Satz kommt kein Geschäft zustande. Die Banken können kein Geld brauchen, weil das Mißtrauen bei der Weitergabe des Geldes an die Kundenschaft nach wie vor zu groß ist.

Der Rückgang der Wechselbestände der Reichsbank trotz der Verbilligung des Diskontsatzes ist also einfach deshalb erfolgt, weil die Banken das Risiko fürchten, das in der Kreditgewährung an die Wechselkundschaft liegt. Sie haben in den letzten Krisenmonaten erhebliche Verluste erlitten, und die Ermunterung der Industrie durch die Reichsbank, die die Absicht der Diskontermäßigung war, stieß ins Leere.

Man muß natürlich abwarten, wie die nächsten Bankausweise der Reichsbank ausfallen, um ein endgültiges Urteil zu gewinnen. Jetzt läßt sich zum mindesten sagen, daß die Diskontermäßigung ein Schritt in der falschen Richtung war, und es ist nur zu hoffen, daß der falsche Schritt seine Korrektur über die Operationen erfahren wird, die die Reichsbank zur Gesundung des Kapitalmarktes mit den Landwirtschaftskrediten der Golddiskontbank eingeleitet hat.

Der Rotenkurs und der Bestand an Rentbankaktiven ist natürlich erheblich zurückgegangen bzw. vermehrt. Die Dotation durch Gold und Devisen beträgt 82,9 gegen 59 Proz. in der Vermoche.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft „Technik in der Landwirtschaft“ (beim Verein Deutscher Ingenieure) hatte für den 20. Januar die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin zur Jahresversammlung eingeladen. Das Ziel der Arbeit dieser Vereinigung ist es, die technischen Einrichtungen in der Landwirtschaft durch eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Geräte, Maschinen und sonstigen Hilfsmittel zu fördern, um dadurch den Wirkungsgrad der landwirtschaftlichen Tätigkeit zu heben. Einen breiten Raum nahm auf der Tagung die Frage ein, warum die Mechanisierung der Landwirtschaft noch immer in den Anfangsstadien ist. Die Techniker meinen, daß es vor allem an der Bereitschaft der Landwirte zur Anwendung der vereinfachten, normalisierten Maschinen und Geräte und am Verständnis für die hier liegenden betriebswirtschaftlichen Aufgaben liege, während die Landwirte den Technikern, insbesondere den Vertretern der Maschinenfabriken, den Vorwurf zurückgaben, daß sie eine Art Sabotage der Typisierung und Normalisierung getrieben hätten, um auf diesem Wege möglichst wenig in Fabrikation und Betrieb ändern zu müssen. Es war sehr interessant, als ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft das erste Produkt einer geglätteten Typisierung — nach sieben Jahren Arbeit — auf den Tisch des Hauses niederlegte, nämlich einen Rähmaschinenkasten, dessen Teile, die aus drei verschiedenen Fabriken stammen, dennoch ohne Schwierigkeiten zu einem vollkommenen Ganzen zusammengefügt werden konnten, und es war noch interessanter, als daraufhin durch einen anderen der anwesenden Ingenieure die Tatsache mitgeteilt wurde, daß dieses geglättete Beispiel einer Standardisierung von Maschinen teilen nicht dank theoretischer Bemühungen zustande gekommen, sondern seinen Ursprung in den Maschinenbestellungen von Rähmaschinen durch die russische Regierung habe, die einen gewissen Zwang zur Arbeitsteilung auf die deutschen Fabriken ausgeübt hatte!

Die große Aufmerksamkeit, die die Versammlung dem letzten aus der Reihe der fünf Redner, Herrn Dr. Rief, Landwirt und Winterkulturdirektor in Landsberg a. d. W., widmete, ergab, daß gewisse Vorbedingungen für die Anwendung von Maschinen und Geräten in der Landwirtschaft selbst noch keineswegs allgemeingültig geworden sind: nämlich die Herausarbeitung der kalkulatorischen Grundlagen, unter denen die Rentabilität der Maschinenverwendung allein festzustellen ist. Der Redner legte dar, daß die übliche Kalkulation auf Grund schematischer Berechnung der Umkosten von Arbeitskräften und Geplanneten je Tag nicht zureichend ist, da der Wert einer Arbeitsstunde in der Landwirtschaft je nach der Jahreszeit außerordentlich stark wechselt. Wenn man dies berücksichtigt, und in die Kalkulation einsetzt, welche Ersparnisse durch Verminderung des „Spitzenbedarfs“ an Arbeit in den Zeiten der Arbeitshäufung erzielt werden können, so wird man zu dem Schluß kommen, daß die Anwendung von Maschinen in sehr vielen Fällen noch rentabel ist, wo sie bei einer bloß schematischen Errechnung der eingesparten Umkosten nicht geboten erscheint.

Reben den Ausführungen von Dr. Rief, der immer feststellte, daß jede Mehrverwendung von Maschinen nicht zu einer Freisetzung von Arbeitskräften, sondern nur zu einer Steigerung der Intensität führe, verdienen noch der Vortrag von Ingenieur Zander, der über die Methoden einer billigen Beschaffung von Landmaschinen, insbesondere für den bäuerlichen Grundbesitz sprach, und die mit Beispielen aus der Praxis reich gewürzten, höchst temperamentvollen Ausführungen von Oberamtmann Schurig-Warte besondere Erwähnung. Aus der sehr umfangreichen Diskussion, in der immer wieder die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit betont wurde, haben sich besonders die Darlegungen von Dr. Baade hervor, der, von den Verhältnissen in der bäuerlichen Landwirtschaft ausgehend, die Notwendigkeit einer nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgenden Versorgung der Landwirtschaft mit industriellen Hilfsmitteln feststellte. Nicht darin, daß die verschiedenen Kunstdüngerproduzenten und die verschiedenen Maschinenfabriken einander Konkurrenz machen, sondern darin eine einheitliche Zusammenfassung der bisher in der Klasse und im Verkaufapparat zerstückelten Kräfte und deren Anwendung für Betriebsberatung und landwirtschaftliche Schulung sieht Baade den Weg zu einer Intensivierung der Landwirtschaft mit der weiteren Folge, daß dann, anstatt der einen Milliarde Goldmark, die jetzt etwa für industrielle Produktionsmittel von der Landwirtschaft ausgegeben wird, das Dreifache nutzbringend angelegt werden kann. — zum Segen der agrarischen Produktion ebenso wie zum Vorteil der Industrie, sei es, daß sie der Landwirtschaft Produktionsmittel, sei es, daß sie Konsumgüter liefert.

Die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz.

Das Völkerbundsekretariat hat den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg, den Reichstagsabgeordneten Sammers, Vorstandsmittels des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, und den Gewerkschaftssekretär Genossen Gaertt erudat, an der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz teilzunehmen. Sammers gehört dem Zentrum an. Genosse Gaertt beauftragt im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Wirtschaftspragen und ist zurzeit Mitglied der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Etatberatung im Reichstag.

Ein Fall Bruhn — Die Reichsversicherungsordnung — Ausnahme der Ministeretats

Der Reichstag überwiegt gestern zunächst eine Reihe von Anträgen zur Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten dem Geschäftsausschuss. Große Heiterkeit erregt es, daß sich darunter auch ein Strafverfolgungsantrag gegen den Abg. Bruhn (Dem.), dem neuen Reichsinnenminister, befindet. Der Geschäftsausschuss beantragt vier Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten abzulehnen, dagegen die Genehmigung zur

Einführung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abgeordneten Bruhn (Dnat.)

zu erteilen. Abg. Hof (Dnat.) beantragt die Sache noch einmal an den Ausschuss zurückzuverweisen, da sie noch nicht genügend geklärt sei.

Abg. Epstein (Soz.) als Berichterstatter stellt fest, daß es sich in dem Falle des Abg. Bruhn um die Wiederholungen von Beleidigungen handele. Nachdem der Reichstag zuerst den Antrag auf Strafverfolgung gegen Bruhn abgelehnt hatte, hat Bruhn die Beleidigungen in seinem Blatte „Die Wahrheit“ noch einmal erhoben.

Wenn unter dem Schutze der Immunität solche Beleidigungen wiederholt werden, dann kann dem Abgeordneten der Schutz des Reichstages nicht mehr zugebilligt werden.

Das Schlimme an der Sache ist, daß die Beleidigungen, auf die sich Herr Bruhn stützt, ihm von einem Konkurrenten zugebracht worden sind. Wenn Herr Bruhn die Wahrheit an den Tag bringen will, dann muß er auch den Mut haben, für seine Beleidigungen vor Gericht einzustehen. Im Ausschuss hat sich die Mehrheit mit Ausnahme der Deutschnationalen für die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung ausgesprochen.

Abg. v. Kardorff (D. Vp.) Es entspricht einem alten Brauch des Hauses, daß Folie geleistet wird, wenn eine große Fraktion die Zurückverweisung einer Sache an den Ausschuss wünscht, weil sie noch nicht genügend geklärt sei.

Abg. Dittmann (Soz.) Für unsere Fraktion bedarf die Sache in keiner Weise einer weiteren Darstellung. Es kommt auch nicht darauf an, ob es sich um eine Wiederholung alter Beleidigungen oder um wiederholte Beleidigungen handelt. Da aber eine große Fraktion der Wunsch auf Zurückverweisung äußert, so wollen wir ihm noch dem alten Brauche Rechnung tragen, trotzdem unsere Stellungnahme zu dieser Sache feststeht.

Die Sache wird darauf an den Geschäftsausschuss zurückverwiesen.

Der Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im patentamtlichen Verfahren wird in allen drei Lesungen verabschiedet. Die Vorlage betrifft den Geschäftsgang der Anmeldeabteilung im Einspruchsverfahren, das Verfahren des großen Senats und Beschwerden gegen die Prüfungsstelle.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz wird dem Hauptausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Die Verlesung soll nach der Vorlage entsprechend den Bestimmungen für die Schutzpolizei geregelt werden. Sie erfüllt eine Zulage, die den Polizeibeamten bei der Gründung des Reichswasserschutzes gegeben wurde.

Der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Hypothekendarlehngesetzes

wird in allen drei Lesungen genehmigt. Danach sollen die Hypothekendarlehen außer ihren bisherigen Geschäften auch die Aufnahme von Darlehen bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zwecks Gewährung hypothekendarlehen Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten für diese Darlehen betreffen. Die neue Vorschrift kommt für die Landwirtschaft in Betracht. Es soll dadurch die von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt im September 1925 abgeschlossene Auslandsanleihe und weitere derartige Anleihen zur Verteilung gelangen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Abänderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit der ersten Beratung eines von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurfs über die

Änderung der Reichsversicherungsordnung.

Der Gesetzentwurf der Regierung will den Reichszuschuß für die Kosten der Familienwochenhilfe beseitigen, wozu die Krankenkassen davon nur geringen Vorteil hätten, die Länder und Gemeinden aber eine unwirtschaftliche Last. Der Reichsrat hatte den Wegfall der finanziellen Beteiligung des Reichs an den Kosten der Familienwochenhilfe abgelehnt, weil sie eine erhebliche Mehrbelastung der Krankenkassen bedeuten würde. Der Reichsrat hat eine andere Fassung des Entwurfs beschlossen und dieser steht jetzt zur Beschlussfassung.

Abg. Frau Schroeder (Soz.)

begründet hierzu den sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der eine Änderung der Berechnung der Renten aus der Invalidenversicherung verlangt. Es sei unverständlich, daß das Reichsarbeitsministerium sich auf die Mehrbelastung der Krankenkassen berufe, um die Reichsbeiträge für die Familienwochenhilfe zu beseitigen. Die ärztlichen und die Wohlfahrtsorganisationen haben gegen das unverständliche Vorgehen der Regierung protestiert. Sie haben verlangt, daß nicht ein Abbau, sondern ein Ausbau der Familienwochenhilfe vorgenommen werde. Trotzdem will das Reichsarbeitsministerium den Abbau durchsetzen. Ich habe es außerordentlich begrüßt, daß die Öffentlichkeit dagegen protestiert hat, denn es zeigte sich, daß man sich mehr und mehr mit den Fragen der Bevölkerungspolitik befaßt. Es wurde auch der Erfolg erreicht,

daß der Reichsrat den Gesetzentwurf der Regierung ablehnte

und ihn an die Regierung zurückverwies. Ich hätte es aber gern gesehen, wenn der Reichsrat der Öffentlichkeit eine positivere Wirkung beim Reichsarbeitsministerium erzielt hätte. Was die Regierung jetzt vorlegt, ist nicht eine bessere Arbeit, es ist nicht frisch und nicht frisch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außer einigen technischen Verbesserungen ist nichts anderes, was den Forderungen der Öffentlichkeit Rechnung trägt. Auf die Not der breiten Massen des Volkes wird in keiner Weise Rücksicht genommen. Es hätte wohl eingegangen werden können auf die Feststellungen, die inzwischen über die Arbeit der schwangeren Frauen

gemacht worden sind, wie sie besonders der Textilarbeiterverband in norddeutscher Weise vorgenommen hat. Auch wenn angeblich die Not der Krankenkassen berücksichtigt werden soll, so frage ich, was ist davon in diesem Gesetzentwurf enthalten? Der einzige Gedanke, der damit im Zusammenhang steht, ist der der Gemeinschaftsarbeit. Dem gegenüber steht der Nachteil der Entziehung des Reichszuschusses. Wir haben uns wiederholt schon mit der Notlage der Krankenkassen beschäftigt, besonders in der Inflationszeit. Jetzt ist infolge der wirtschaftlichen Krise eine neue außerordentliche Notlage der Krankenkassen geschaffen worden. Durch die gewöhnlichen Zahlen der Erwerbstätigen werden in erster Linie die Krankenkassen getroffen. In diesem Augenblick will die Reichsregierung entgegen der öffentlichen Meinung und entgegen dem Einspruch des Reichsrats das Wenige nehmen, was noch geleistet werden kann.

Es darf nicht unausgesprochen bleiben, daß die Krankenkassen große Opfer für die Mutterchaftspflege bringen.

Sie haben sich damit ein gewaltiges Verdienst um die Allgemeinheit erworben. Wenn trotz der Not des Volkes die Sterblichkeit herabgegangen ist, dann ist das nicht zuletzt zurückzuführen auf die Opfer, die die Krankenkassen gebracht haben. Als Dank dafür will die Reichsregierung trotz der Proteste von allen Seiten das Geringe noch nehmen, was sie erhalten. Im Ausschuss werden wir uns mit diesen Fragen noch eingehend befassen müssen, besonders werden wir uns mit der Notlage der Krankenkassen befassen, auch mit den Maßnahmen, die notwendig sind, um die Volksgesundheit zu schützen. Die Rednerin legt zum Schluß eine Resolution der sozialdemokratischen Fraktion vor, wonach der Reichstag diejenigen Maßnahmen beschließen solle, die notwendig erscheinen, um den Krankenkassen über die gegenwärtige Notlage hinwegzuhelfen. Wir bitten Sie, diese Entschließung anzunehmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Krenschke (Komm.) bekämpft in ähnlicher Weise die Regierungsvorlage, die sie als einen Abbau der Wochenhilfe bezeichnet.

Der Gesetzentwurf und der sozialdemokratische Antrag werden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Die dritte Beratung des Etats für 1925

fortgesetzt. Nach den Vereinbarungen im Haushaltsausschuss sollen die noch zu erledigenden Etats in dritter Beratung ohne größere politische Debatten verabschiedet werden, da bereits in den nächsten Wochen die neuen Haushalte zur Beratung stehen werden.

Ohne Debatte werden die Etats des Reichspräsidenten und des Auswärtigen Amtes angenommen.

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums führt Abg. Buchmann (Komm.) Beschwerde über die Polizeizustände in Bayern. Die bayerische Staatsanwaltschaft und Polizei sehe sich bei kommunistischen Abgeordneten ohne weiteres über die Immunität hinweg und setze Kommunisten ohne jeden Grund maßlos in Haft. Die Versammlungsfreiheit sei für Kommunisten noch immer in Bayern aufgehoben. Auch das Koalitionsrecht der Arbeiter sei durch die bayerischen Polizeischikane praktisch außer Kraft gesetzt.

Abg. Saenger (Soz.)

bezeichnet die Klagen des kommunistischen Redners als durchaus berechtigt. Ebenso wie die Kommunisten wurden aber in Bayern auch die republikanischen Organisationen, vor allem das Reichsbanner verfolgt. Sobald ein verantwortlicher Reichsinnenminister vor dem Reichstag stehe, wird die Sozialdemokratie ihre begründeten Beschwerden gegen die bayerische Wirtschaft vorbringen.

Der Etat des Innenministeriums wird bewilligt.

Abg. Böhm (Komm.) führt Beschwerde über ungerechte Verteilung von Wohnungen im besetzten Gebiet. Der Haushalt wird bewilligt.

Beim Haushalt des Wirtschaftsministeriums wird ein Antrag v. Raumer (D. Vp.) angenommen, wonach die Mittel für das Reichsministerium für Ein- und Ausfuhr von 50 000 auf 90 000 M. erhöht werden sollen.

Abg. Bartha (Dem.) begründet einen Antrag auf Bereitstellung von 300 000 M. für die Forschungsinstitute des Handwerks.

Abg. v. Raumer (D. Vp.) wendet sich gegen den Antrag, der schließlich abgelehnt wird.

Abg. Roosen (Komm.) weist darauf hin,

daß das Rheinische Braunkohlensyndikat, das 10 Millionen Ruhrsichbüdung erhalten habe, in seiner Bilanz genau 10 Millionen Reingewinn aufweise.

Die Ruhrsichbüdung habe also nur zur Bereicherung der Ruhrindustriellen gedient. Von den Kommunisten werde in einer Entschließung die Rückzahlung der von den Industriellen bezogenen Ruhrsichbüdungen und die Verhinderung weiterer Betriebsstilllegungen verlangt.

Der Haushalt wird bewilligt, ebenso der Haushalt des Reichswirtschaftsrats und des Reichswehrministeriums. Auch der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird angenommen unter Ablehnung eines Antrags der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Streichung der für die Erweiterung der Reichsbeteiligung an den Frachtwertungsvereinigungen eingelegten 900 000 M.

Am 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag mittig 12 Uhr vertagt.

In der heutigen Sitzung des Aelterenrats des Reichstags wurde vereinbart, daß die Entgegennahme der Programmklärung der neuen Reichsregierung auf die Tagesordnung der Plenarsitzung vom Dienstag nächster Woche gesetzt werden soll. In den Tagen bis dahin soll die dritte Lesung des Reichshaushaltsplans für 1925 erledigt werden, und zwar in Anbetracht des vorgerückten Etatsjahres in abgekürzter Form, mit der Maßgabe, daß eine Diskussion nur bei den Positionen der Ministergehälter stattfindet und dabei jeder Partei eine Redezeit von 15 Minuten und für die Anträge zum Etat von 10 Minuten freisteht.

Aus der Partei.

Ein Ebert-Gedenkstein in Eberfeld. Das Reichsbanner Eberfeld wird zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert einen Gedenkstein errichten. Ebert hat im Eberfelder Bezirk vor mehr als 25 Jahren seine politische Laufbahn begonnen. Die zuständige Kommission der Stadtverwaltung hat bereits die Zustimmung zur Absetzung eines öffentlichen Platzes für diesen Zweck gegeben.

Bei der Wahl eines Abgeordneten (Vertreter für den Bürgermeister) in der Gemeinde Groß-Oerau (Hessen) erhielt der bürgerliche Kandidat 1220 Stimmen, der Kommunist 700 Stimmen und der Sozialdemokrat 788 Stimmen. Es mußte eine Stichwahl zwischen bürgerlichen und Kommunisten stattfinden. Bei dieser Stichwahl siegte der Bürgerliche mit 1649 Stimmen gegenüber dem Kommunisten, der 1587 Stimmen erhielt. Unsere Partei hatte in der Stichwahl für den kommunistischen Kandidaten gestimmt.

Glückliche Wahlentscheidung durch das Los. In Eisenburg ist die Stadtverordnetenversammlung durch 14 bürgerliche und 14 sozialdemokratische und kommunistische Stadtverordnete zusammengesetzt. Die kommunistische Latzli liegt bisher unsere Genossen bei Wähler- und anderen Wahlen im Stich. Die Umkehr der Kommunisten von dieser Latzli brachte es jetzt zuwege, daß bei der Wahl des Stadtverordnetenvorsitzers unser Kandidat 14 Stimmen bekam; der bürgerliche Kandidat erhielt ebenfalls 14. Das Los mußte entscheiden; es entschied zugunsten unseres Genossen. Als sich das gleiche bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden wiederholte, bei der als Stellvertreter ein Kommunist, als Schriftführer unser Genosse durch das Los gewählt wurde, rief diese Entscheidung auf der Linken lebhafteste Heiterkeit hervor, während die Rechte verdächtige Gesichter machte.

Stadtverordnetenjubiläum. In Magdeburg gehört der Genosse Richard Risch seit 25 Jahren der Stadtverordnetenversammlung an. Unser Genosse ist jetzt unbesoldeter Stadtrat.

Verstorben ist der Genosse Karl Rosenberger, Amisvorsteher in Rünzendorf bei Neurode, im Alter von 68 Jahren. Der Verstorbenen war in der Arbeiterbewegung sehr tätig: 25 Jahre war er ununterbrochen Vorsitzender einer bergemerklichen Organisation. — In Wiesbaden verstarb der Stadtverordnete, Arbeitersekretär Genosse Wilhelm Pflieger im Alter von 50 Jahren. — In Höchst am Main verstarb Genosse Anton Walter. Er war der erste sozialdemokratische Abgeordnete im Koburger Landtag, der erste Parteisekretär im Kreise Höchst, der erste sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsitzende, und seine Leiche ist die erste, die in dem neu erbauten Krematorium, dessen Bau durch ihn besonders gefördert wurde, eingeschifft wird.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Sitzungen für diese Stadt sind: Mittags an den Bezirkssekretariats, 2. Hof, 2. Temp. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 23. Januar, abends 6 Uhr, wichtige Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Jugendheim, Lindenstr. 3.

2. Kreis Weidman. Freitag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an der bekannten Stelle.

Heute, Donnerstag, den 21. Januar:

- 1. Abg. Erlinghagen 7 1/2 Uhr bei Kaufh. Volkstheater. Erste Veranstaltung. — Referat des Bezirksvorstandes.
- 2. Abg. Schürbren. 8 Uhr eukerotische Funktionärstreffen bei Albin. — Referat des Bezirksvorstandes.

Morgen, Freitag, den 22. Januar:

- 1. 15. 18. Abg. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.
- 2. Abg. 8 Uhr in der Schulhauskantine. — Referat des Bezirksvorstandes.
- 3. Abg. 8 Uhr bei Karlshof. — Referat des Bezirksvorstandes.

12. Abg. Strauß. Öffentliche Versammlung abends 8 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

13. Abg. 8 Uhr bei Karlshof. — Referat des Bezirksvorstandes.

14. Abg. 8 Uhr bei Karlshof. — Referat des Bezirksvorstandes.

15. Abg. 8 Uhr bei Karlshof. — Referat des Bezirksvorstandes.

16. Abg. 8 Uhr bei Karlshof. — Referat des Bezirksvorstandes.

Frauenveranstaltungen am Freitag, den 22. Januar:

- 1. Abg. Erlinghagen. 8 Uhr im Café Hebebrand. — Referat des Bezirksvorstandes.
- 2. Abg. Erlinghagen. 8 Uhr im Café Hebebrand. — Referat des Bezirksvorstandes.

Jugendveranstaltungen.

1. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr Sitzung im Jugendheim Lindenstr. 3.

Heute, Donnerstag, den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

- 1. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.
- 2. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

1. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin G. 14, Seebödenstr. 27/28, Hof 2. — Der „Ruf der Republikaner“, auf dem schillernde Redner Reden vorlesen und zu dem viele Parlamentarier und Minister die Rednerinnen hören. — Heute abends 8 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. — Referat des Bezirksvorstandes.

1. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

2. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

3. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

4. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

5. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

6. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

7. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

8. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

9. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

10. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

11. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

12. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

Briefkasten der Redaktion.

1. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.

2. Abg. Erlinghagen. 7 1/2 Uhr im Eisenburger Gesellschaftsraum. — Referat des Bezirksvorstandes.